

GI Rechtsprechungs- änderung / BFH

Verschärfung der vGA-Rechtsprechung

Bei der Beurteilung der Angemessenheit einer Gewinnbeteiligung ist von der Höhe der angemessenen Jahresgesamtbezüge auszugehen, die die GmbH bei normaler Geschäftslage ihrem Geschäftsführer zu zahlen in der Lage und bereit ist. Die Jahresgesamtbezüge sind in ein Festgehalt (in der Regel mindestens 75 v.H.) und in einem Tantiemeteil (in der Regel höchstens 25 v.H.) aufzuteilen. Der variable Tantiemeteil ist in Relation zu dem erwarteten Durchschnittsgewinn auszudrücken.

Die Bundessteuerberaterkammer hat sich mit einer Eingabe vom 23.8.1995 an den BMF für eine Übergangsregelung eingesetzt.
(BFH, Urt.v. 5.10.1994 – I R 50/94)

GI Leitsätze

Wiedereinsetzung / Frist- versäumnis / Revisionseinlegung beim BFH, statt beim FG

1. Wird die Revision entgegen § 120 Abs. 1 Satz 1 FGO nicht beim FG, sondern beim BFH eingelegt, ist die Revisionsfrist nicht gewahrt (ständige Rechtsprechung).
2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entfällt, da der Prozeßbevollmächtigte die Fristversäumnis verschuldet hat. Auf eine Mitverantwortung des BFH an der Fristversäumnis kann er sich nicht berufen (*Anschluß u.a. an BFH-Beschluß v. 9.1.1992 – IX R 23/90, BFH/NV 1993, 366*).
3. Die – hilfsweise begehrte – Umdeutung der zuvor mit Erfolg eingelegten Nichtzulassungsbeschwerde in eine Revision ist nach ständiger Rechtsprechung nicht möglich.
(BFH-Beschl.v. 13.7.1994 – VIII R 23/94 – BFH/NV 1995, 231)

Unterschrift / Klagschrift / Wahrung der Schriftform, § 64 FGO

Für die Wahrung der Schriftform bei der Klageerhebung (§ 64 FGO) reicht es aus, wenn die erforderliche eigenhändige Unterschrift charakteristische Merkmale aufweist, individuell gestaltet ist und die Identität des Unterzeichnenden ausreichend klarstellt. Es ist nicht erforderlich, daß der Name voll ausgeschrieben und lesbar ist.
(BFH-Urt.v. 19.4.1994 – VIII R 22/93 – BFH/NV 1995, 222)

GmbH-Geschäftsführer / Haftung für Beraterverschulden?

Dem Geschäftsführer einer GmbH als Haftungsschuldner kann ein Verschulden des steuerlichen Beraters der GmbH bei der Fertigung von Steuererklärungen nicht zugerechnet werden. Trifft ihn persönlich kein Auswahl- oder Überwachungsverschulden und hat er keinen Anlaß, die inhaltliche Richtigkeit der von dem steuerlichen Berater gefertigten Steuererklärung der GmbH zu überprüfen, so haftet er nicht für Steuerverkürzungen, die auf fehlerhaften Steuererklärungen beruhen.

(BFH, Urt.v. 30.8.1994 – VII R 101/92 – LEXinform 0126277)

Abhandenkommen der Klagschrift / Frist / Bedingte Klageerhebung

1. Wird die Klagschrift fristgerecht in den Hausbriefkasten des FA eingelegt, ist die Klagefrist auch gewahrt, wenn der Schriftsatz später abhanden kommt.
2. Soll das FA einen bei ihm angebrachten Schriftsatz nur dann als Klage ansehen, wenn es trotz der vorgelegten weiteren Unterlagen an seiner Auffassung festhalten sollte, ist der Schriftsatz als unzulässige bedingte Klage zu beurteilen.
(BFH-Beschl.v. 18.1.1994 – IX B 126/93 – BFH/NV 1994, 871)

Fristenkalender per EDV

- Fristenkontrolle
- Ausdruck oder Fehlerprotokoll
- Anmerkung

(BGH, Beschl. v. 23. 3. 1995 – VII ZB 3/95)

Leitsätze:

1. Verwendet ein Rechtsanwalt einen EDV-gestützten Fristenkalender, muß er durch eine hinreichende Kontrolle gewährleisten, daß Eingaben von Datensätzen, die von dem entsprechenden Programm nicht ausgeführt worden sind, rechtzeitig erkannt werden.

2. Eine hinreichende Kontrolle ist z.B. dann gewährleistet, wenn Eingaben von Datensätzen nach jedem Eingabevorgang in einem Ausdruck festgehalten und kontrolliert oder durch die Ausgabe eines Fehlerprotokolls, das die nicht ausgeführten Eingaben in einer Liste erfaßt, überprüft werden.

Aus den Gründen:

.....

2. Am 1.11.1994 hat die Klägerin mit folgender Begründung Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist in den vorigen Stand beantragt:

Ihr Prozeßbevollmächtigter habe die für die Eintragung und Kontrolle der Fristen zuständige Büroangestellte D. angewiesen, als Ablauf der Frist zur Begründung der Berufung den 17.10.1994 in die EDV-Anlage neu einzugeben, nachdem er festgestellt hatte, daß es sich bei dem Rechtsstreit um keine Feriensache handle und deshalb die zunächst auf den 15.8.1994 notierte Frist gegenstandslos sei. Die Notierung der neuen Frist in der EDV-Anlage sei unterblieben, weil Frau D. die erste Frist vom 15.8.1994 nicht im Computer gelöscht habe. Der Computer sei dahin programmiert, daß er in derselben Sache keine weitere Fristnotierung annehme, solange die vorherige Frist nicht

gelöscht sei. Statt dessen zeige er an: „Gleiche Datensätze nicht erlaubt.“ Zugleich ertöne ein Hupton. Diese Anzeige des Computers habe Frau D. übersehen, bei der es sich um eine geschulte und zuverlässige Bürokraft handle. Regelmäßige Kontrollen hätten ergeben, daß Frau D. die Fristeneingabe in den Computer seit über drei Jahren sorgfältig und fehlerlos geführt habe.

Das Berufungsgericht hat der Klägerin die Wiedereinsetzung mit der Begründung versagt, ihr Prozeßbevollmächtigter habe keine ausreichenden Kontrollvorkehrungen dafür geschaffen, daß fehlerhafte Dateneingaben in die EDV-Anlage sofort erkannt würden. Der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin hätte durch entsprechende Organisation gewährleisten müssen, daß die erfolgreiche Eingabe der Daten durch einen sofortigen Ausdruck oder durch eine weitere geschulte Mitarbeiterin überprüft werde. Dagegen wendet sich die Klägerin mit ihrer sofortigen Beschwerde.

II.

Das Rechtsmittel ist zulässig, es hat jedoch keinen Erfolg. Die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beruht auf einem Organisationsverschulden des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin.

1. Die Fristenkontrolle im Wege der elektronischen Datenverarbeitung erfordert im Hinblick auf die spezifischen Fehlermöglichkeiten bei der Eingabe der Datensätze spezielle Kontrollmaßnahmen, die gewährleisten, daß eine fehlerhafte Eingabe rechtzeitig erkannt wird. Die Kontrolle ist nur dann ausreichend, wenn sie sicheren Aufschluß darüber gibt, ob die Eingabe von Fristen oder deren Änderung von dem für die Fristenkontrolle vorgesehenen Programm ausgeführt worden ist. Eine hinreichende Kontrolle wird nicht dadurch gewährleistet, daß die Eingabe von Datensätzen durch eine weitere geschulte Kraft überprüft wird; es muß vielmehr überprüft werden, ob die eingegebenen Daten von dem Programm ausgeführt worden sind. Eine derartige **Kontrolle kann etwa durch eine Ausgabe der eingegebenen Einzelvorgänge über einen Drucker**

oder durch die Ausgabe eines Protokolls über etwaige Fehlermeldungen erfolgen.

2. Derartige Kontrollen sieht die Organisation des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin nicht vor. Die tägliche Datensicherung ist kein geeignetes Mittel, um festzustellen, welche Eingaben von dem Programm nicht ausgeführt worden sind; die Datensicherung erfaßt nur Datensätze, die von dem Programm ausgeführt wurden.

Anmerkung:

Der BGH-Beschluß ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung:

1. Neben dem EDV-Fristenkontrollbuch bedarf es nicht eines manuell geführten Fristenkaltenders.
2. Jede Fristeneingabe muß durch einen Ausdruck festgehalten und kontrollierbar sein; zumindest muß durch Ausgabe eines Fehlerprotokolls festgehalten werden, welche Eingaben nicht erfaßt wurden.

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sollten ihre Büroorganisation bei elektronischer Fristenkontrolle an der BGH-Entscheidung ausrichten.

Vertrauensschaden

- fehlerhafte Auskunft
 - Verjährung § 68 StBerG
- (BGH, Urt. v. 16. 2. 1995 - IX ZR 15/94)

Leitsatz:

Zur Berechnung des Vertrauensschadens aus einer unvollständigen Auskunft.

Leitsatz (d. Red.):

Die Verjährungsfrist für einen Schadenersatzanspruch wegen fehlerhaften Steuerrates beginnt mit Bekanntgabe des schädigenden Steuerbescheides.

Tatbestand:

Die Klägerin, deren Geschäftsanteile u.a. von der W.L. (im folgenden: WL) gehalten werden, verlangt von der Beklagten, die bis 1991 unter anderer Firma als Steuerberatungsgesellschaft tätig war, Schadenersatz, weil diese für den Fehlschlag einer Umsatzsteueroption im Rahmen eines Erwerbermodells verantwortlich sei.

Im Jahr 1985 wollte die Klägerin 47 Eigentumswohnungen in K. durch die I.T. Finanz- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH (fortan: I.T.) veräußern. Diese bestand gegenüber der Klägerin darauf, daß bei einer steuerbegünstigten Vermarktung die Erwerber, die ihre Wohnungen der Klägerin als gewerbliche Zwischenmieterin überlassen sollten, von dieser bei Nichtanerkennung der Umsatzsteueroption entschädigt werden sollten; als Treuhänderin im Rahmen des Erwerbermodells schlug die I.T. die Beklagte vor. Am 15.7.1985 legte die Klägerin ihrem Aufsichtsrat ein Schreiben der Beklagten an die Klägerin von demselben Tage vor und bat, dem Vorhaben zuzustimmen. Dieses Schreiben wurde wie folgt eingeleitet:

„Beurteilung der Risiken der Umsatzsteueroption für **das Erwerbermodell, R.-R. K!**

Sehr geehrter Herr Dr. E.,

Sie haben uns darum gebeten, zur Anerkennung des gewerblichen Zwischenmietverhältnisses und damit der Umsatzsteueroption beim o.g. Erwerbermodell Stellung zu nehmen und die wirtschaftlichen Risiken für den Fall einer Nichtanerkennung aufzuzeigen. Dieser Bitte kommen wir gerne nach.

Nach Ausführungen zur „Gewinnmarge auf der Ebene des gewerblichen Zwischenmieters“ und den wirtschaftlichen Risiken bei einer Aberkennung der Umsatzsteueroption schloß das Schreiben mit folgender „Empfehlung“:

Um der T. als gewerblichem Zwischenmieter von vornherein eine Rohgewinnmarge sicherzustellen, empfehlen wir, die Garantiemiete um 0,60–0,80 DM/qm/Monat zu reduzieren. Bei entsprechend reduzierten Anfangsmieten und gleichzeitiger Vereinbarung von Staffelmietverträgen ist das Risiko der Nichtanerkennung des

Zwischenmietverhältnisses sehr gering. Wir hoffen, sehr geehrter Herr Dr. E., daß Sie anhand unserer Überlegungen in Ihrer Entscheidungsfindung unterstützt werden. Wir würden uns sehr freuen, bei der Realisierung dieses Projektes mit Ihnen zusammenarbeiten zu dürfen.

„In Ergänzung“ dieser Mitteilung schrieb die Beklagte am 17.7.1985 dem zuständigen Sachbearbeiter der W.L. für das Projekt der Klägerin u.a. folgendes:

Die von der T. gegenüber der I.T. bzw. deren Kunden geforderte Freistellungserklärung für den Fall des Scheiterns der Umsatzsteuer-Option ist für die Beurteilung des gewerblichen Zwischenmietverhältnisses unschädlich. Eine Garantieerklärung dieser Art ist nicht anders zu beurteilen als eine verschärfte Prospekthaftung und läßt hinsichtlich der Beurteilung des gewerblichen Zwischenmietverhältnisses keinerlei Überlegung zu. Ebenso hat diese Garantieerklärung keinerlei Auswirkungen auf die einkommensteuerliche Anerkennung der Werbungskosten.

Zusammenfassend möchten wir festhalten, daß unter Berücksichtigung der von uns vorgeschlagenen Mietreduzierung nach unserer Auffassung und unseren Erfahrungen im Rahmen der zahlreichen Betriebsprüfungen in unserem Hause wir das Risiko der Nichtanerkennung des gewerblichen Zwischenmietverhältnisses nicht mehr sehen.

Wir hoffen, sehr geehrter Herr B., daß wir Ihre letzten Bedenken in dieser Hinsicht ausräumen konnten ...

Nachdem der Aufsichtsrat dem Vorhaben der Klägerin zugestimmt hatte, teilte diese der I.T. am 23.7.1985 folgendes mit:

„wir bestätigen Ihnen wunschgemäß, daß auf der Grundlage der bisherigen Konzeption eine vorläufige USt.-Prüfung des o.a. Objekts bereits erfolgt ist und mit positivem Ergebnis abgeschlossen wurde, so daß insoweit die Voraussetzungen für die Anerkennung der USt.-Option gegeben sind.

Sollte wider Erwarten die Anerkennung nicht erfolgen, verpflichten wir uns, den Investoren dadurch entstehende Schäden zu ersetzen.“

Die Eigentumswohnungen der Klägerin wurden in dem vorgesehenen Erwerbermodell durch die I.T. veräußert; die Beklagte war Treuhänderin der Erwerber.

Nach einer Außenprüfung im Juli/August 1990 erhielten die Erwerber Ende 1990/Anfang 1991 Bescheide des Finanzamtes, in denen die Umsatzsteueroption nicht anerkannt wurde, weil die Einschaltung der Klägerin als gewerbliche Zwischenmieterin ein Gestaltungsmissbrauch gemäß § 42 AO sei. Daraufhin verlangten die Erwerber von der Klägerin einen Schadensausgleich, den diese nach ihrer Behauptung bisher in Höhe von etwa 1,3 Mio. DM geleistet hat. Diesen Schaden soll die Beklagte ihr ersetzen.

Das Landgericht hat durch Teilurteil der Zahlungsklage gegen die Beklagte in Höhe von 85.889,10 DM nebst Zinsen stattgegeben, den Klageanspruch auf Freistellung von Ersatzansprüchen bestimmter Erwerber abgewiesen „mit Ausnahme des Freistellungsbegehrend ... des Dr. S. in Höhe von 27.846 DM“ und den Antrag auf Feststellung einer Schadenersatzpflicht der Beklagten wegen der Nichtanerkennung der Umsatzsteueroption abgewiesen. Mit ihrer Berufung hat die Klägerin Ersatz weiterer Zahlungen an die Erwerber in Höhe von 1.352.386,24 DM, Freistellung von einem Ersatzanspruch des Erwerbers Sch. in Höhe von 24.194,86 DM, Feststellung einer Ersatzpflicht der Beklagten bezüglich der Steuernachteile fünf weiterer Erwerber und Ersatz von Anwalts- und Steuerberaterkosten in Höhe von 590.789 DM begehrt. Das Oberlandesgericht hat durch Teil- und Grundurteil ausgesprochen, daß die Klage dem Grunde nach gerechtfertigt ist; außerdem hat das Oberlandesgericht die Berufung der Beklagten gegen das Teilurteil des Landgerichts zurückgewiesen. Mit ihrer Revision verfolgt die Beklagte weiter ihren Antrag, die Klage abzuweisen.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache.

I.

1. a) Die Revision rügt mit Recht, daß das Grundurteil nicht ergehen durfte, weil das Berufungsgericht nicht rechtsfehlerfrei festgestellt hat, daß die bezifferten Klageforderungen mit hoher Wahrscheinlichkeit in irgendeiner Höhe bestehen (vgl. BGHZ 111, 125, 133). Dafür genügen nicht die Ausführungen des Berufungsgerichts, die Klägerin habe Vermögensschäden erlitten, weil sie aufgrund einer fehlerhaften Auskunft der Beklagten die Garantie zugunsten der Wohnungserwerber abgegeben habe, aus der die Klägerin in Anspruch genommen werde. Daran ändert – entgegen der Ansicht der Revisionserwidernung – die rechtskräftige Verurteilung der Klägerin zur Schadloshaltung der Erwerber S. schon deswegen nichts, weil dieser Umstand einen Klageanspruch betrifft, dessen Bescheidung sich das Landgericht vorbehalten hat.

Wegen einer Falschauskunft haftet die beklagte Steuerberatungsgesellschaft, die die Anerkennung der Umsatzsteueroption nicht garantiert hat (vgl. dazu BGHZ 116, 209, 214), **der Klägerin – nur – für den Nachteil, der ihr durch das Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Auskunft entstanden ist.** Die Beklagte hat die Klägerin so zu stellen, wie diese bei pflichtgemäßem Verhalten stünde (§ 249 BGB; vgl. BGH, Urt. v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90, WM 1991, 1303, 1305 = GI 91, 223). Entgegen der Ansicht der Revisionserwidernung trägt insoweit nicht die Beklagte, sondern die **Klägerin die Darlegungs- und Beweislast**, die gemäß § 287 ZPO und durch den Anscheinsbeweis erleichtert sein kann (BGHZ 123, 311, 313 ff; BGH, Urt. v. 9. 6. 1994 – IX ZR 125/93, ZIP 1994, 1555, 1558 f = GI 95, 21, z.V.b. in BGHZ 126, 217).

Die Revision macht zutreffend geltend, die Klägerin habe bisher nicht schlüssig dargelegt, daß sie durch ihr Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Auskunft einen Schaden erlitten habe, der bei pflichtgemäßem Verhalten der Beklagten nicht eingetreten wäre. Nach ihrem Vorbringen hätte die Klägerin, wenn die Beklagte sie vertragsgerecht darauf hingewiesen hätte, daß die Anerkennung der Umsatzsteueroption unsicher sei, nicht den Erwerbern

garantiert, sie für den Fall der Nichtanerkennung schadlos zu stellen. Zwar hätte die Klägerin dann nicht die eingeklagten Verluste infolge ihrer Inanspruchnahme aus der Garantie gehabt. **Nach dem bisherigen Sach- und Streitstand ist aber nicht auszuschließen, daß der Klägerin bei ordnungsmäßiger Auskunft der Beklagten ein gleicher Vermögensnachteil aus der Verwertung der Wohnungen entstanden wäre.** Dazu hat die Klägerin vorgebracht, sie hätte dann ihr Objekt nicht im Rahmen eines Erwerbermodells mit Umsatzsteueroption verwertet, sondern die Wohnungen an Eigennutzer oder Kapitalanleger ohne zusätzliche Steuervorteile veräußern oder das Erwerbermodell ändern können, etwa durch Nachverhandlung der den Erwerbern zugesagten Mieten oder einen Hinweis auf die Unsicherheit der Umsatzsteueroption. Die wirtschaftlichen Folgen aus einer solchen Verwertung ihres Objekts hat die Klägerin jedoch nicht substantiiert dargelegt, so daß nicht nachvollzogen werden kann, ob sie dann – im Vergleich zu dem tatsächlich erzielten Erlös abzüglich der Aufwendungen zur Entschädigung der Erwerber wegen des ausgefallenen Vorsteuerabzugs – keinen oder einen geringeren Vermögensverlust erlitten hätte.

Daran ändert – entgegen der Ansicht der Revisionserwidernung – nichts, daß die Klägerin Bezug genommen hat auf ihr Schreiben an den Generalbevollmächtigten der W.L. vom 28. 6. 1985; der darin errechnete „Mehrerlös von DM 361.000“, der bei einer Verwertung durch die I.T. erwartet wurde, war u.a. davon abhängig, daß die Erwerber bei Nichtanerkennung der Umsatzsteueroption entschädigt wurden. Nach dem Vorbringen der Beklagten, das mangels anderer tatrichterlicher Feststellungen im Revisionsverfahren zugrunde zu legen ist, hätte eine Veräußerung der Wohnungen ohne Steuervorteile unannehmbare Nachteile verursacht, weil die hohen Preise nur im Erwerbermodell – wegen des Auslaufens der Umsatzsteueroption bis zum Ende des Jahres 1985 – hätten erzielt werden können; Änderungen des Erwerbermodells durch ein Nachverhandeln der den Erwerbern zugesagten Mieten hätten zur Unverkäuflichkeit des Objekts geführt.

Da die Klägerin auf die unschlüssige Darlegung eines Vertrauensschadens hätte hingewiesen werden müssen (§§ 139, 278 Abs. 3 ZPO), ist ihr noch Gelegenheit zu geben, ihren Vortrag zu ergänzen.

b) Es kann dahinstehen, ob das Berufungsurteil, soweit das unbezifferte Feststellungsbegehren dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wurde, obwohl dieses einem Grundurteil unzugänglich ist (BGH, *Urt.v. 9. 6. 1994 – IX ZR 125/93 a.a.O. 1556 m.w.N.*), gemäß der Ansicht der Revisionserwiderung dahin ausgelegt werden kann, daß dem Feststellungsantrag durch Teilendurteil (§ 301 Abs. 1 ZPO) stattgegeben wurde. Auch ein solches Urteil hätte keine tragfähige Grundlage, da ein Schaden der Klägerin bisher nicht rechtsfehlerfrei festgestellt ist.

2. Die Revision beanstandet weiterhin zu Recht, daß im angefochtenen Urteil die Berufung der Beklagten gegen das Teilurteil des Landgerichts zurückgewiesen wurde.

Bei der Verurteilung der Beklagten, an die Klägerin 85.889,10 DM nebst Zinsen zu zahlen, ist das Landgericht ausgegangen von dem Vorbringen der Klägerin, sie habe an fünf Wohnungserwerber im Wege einer vergleichweisen Abgeltung von Ansprüchen wegen des Ausfalls des Vorsteuerabzugs insgesamt 85.889,10 DM gezahlt; die einzelnen Vergleichsbeträge hätten in der Regel der Hälfte des Erwerberschadens entsprochen. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Berufung der Beklagten sei sachlich nicht gerechtfertigt, und hat dazu auf seine übrigen Erwägungen verwiesen.

Es kann dahinstehen, ob, wie die Revision meint, eine Begründung im Sinne des § 551 Nr. 7 ZPO fehlt. Erkennbar ist, welche rechtlichen Erwägungen zum Rechtsgrund des Klageanspruchs maßgebend waren. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Klage sei dem Grunde nach gerechtfertigt, weil die Klägerin einen Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte wegen schuldhafter Vertragsverletzung habe. Da aber ein Schaden der Klägerin bisher nicht rechtsfehlerfrei festgestellt wurde, kann das Urteil auch insoweit keinen Bestand haben.

II.

Da das Berufungsurteil danach auf Rechtsfehlern beruht, ist es aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

Für das weitere Verfahren wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die Revision rügt erfolglos die tatrichterliche Feststellung, daß die Beklagte ihre steuerrechtlichen Auskünfte vom 15./17.7.1985 aufgrund eines Vertrages mit der Klägerin erteilt hat.

Ein **Auskunftsvertrag** zwischen Geber und Empfänger der Auskunft **kann stillschweigend geschlossen worden sein, wenn diese für den Empfänger erkennbar von erheblicher Bedeutung ist und er sie zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse machen will; dies gilt vor allem dann, wenn der Auskunftgeber für die Erteilung der Auskunft besonders sachkundig ist oder ein eigenes wirtschaftliches Interesse verfolgt** (BGHZ 74, 103, 106; BGH, *Urt.v. 11.10.1988 – XI ZR 1/88, WM 1988, 1828, 1829 m.w.N.*). Entscheidend ist, ob die Gesamtumstände mit Rücksicht auf die Verkehrsauffassung den Rückschluß zulassen, daß beide Teile nach dem objektiven Inhalt ihrer Erklärungen die Auskunft zum Gegenstand vertraglicher Rechte und Pflichten gemacht haben (BGH, *Urt.v. 11.10.1988 – XI ZR 1/88 a.a.O.*).

Dies hat das Berufungsgericht aufgrund einer möglichen – und naheliegenden – Auslegung der beiden Schreiben der Beklagten in Verbindung mit einer – unbeanstandeten – Würdigung des Ergebnisses seiner Beweisaufnahme rechtsfehlerfrei festgestellt. Danach sollte die beklagte Steuerberatungsgesellschaft der Klägerin auf vertraglicher Grundlage Auskunft erteilen über die steuerlichen Auswirkungen des – von der I.T. vorgeschlagenen – Konzepts zur Verwertung der Eigentumswohnungen nach dem Erwerbermodell, soweit es sich um die Anerkennung der Umsatzsteuroption unter Einschaltung der Klägerin als gewerblichen Zwischenmieterin und um die wirtschaftlichen Risiken für den Fall einer Nichtanerkennung handelte. Diesen Gegenstand und

Umfang der von der Klägerin erbetenen Auskunft hat die Beklagte in ihren beiden Schreiben dargelegt. Nach den tatrichterlichen Feststellungen hat die Beklagte erkannt, daß ihre Auskunft für die Klägerin von erheblicher wirtschaftlicher und rechtlicher Bedeutung war und Grundlage der Entscheidung sein sollte, ob die Eigentumswohnungen in dem Erwerbermodell, das eine Garantie der Klägerin zur Schadloshaltung der Erwerber bei Nichtanerkennung der Umsatzsteueroption vorsah, verwertet werden sollten. Die Kenntnis der Beklagten, daß eine solche Garantie Teil des Vermarktungsplans der I.T. war, hat das Berufungsgericht – entgegen der Verfahrensrüge der Revision – rechtsfehlerfrei festgestellt aufgrund des Schreibens der Beklagten v. 17.7.1985 und der Aussage des Zeugen Dr. K. – früherer Geschäftsführer der Beklagten –. Außerdem hatte die Beklagte nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung ein erhebliches wirtschaftliches Eigeninteresse an einer Verwertung des Objekts in dem vorgesehenen Modell, weil die Beklagte darin Treuhänderin der Erwerber werden wollte und sollte.

2. Die Revision wendet sich weiterhin vergeblich gegen die Ansicht des Berufungsgerichts, die Beklagte habe ihre Vertragspflicht verletzt, weil die Auskunft unvollständig gewesen sei und deswegen nicht die Schlußfolgerung im Schreiben vom 17.7.1985 gestützt habe, nach der vorgeschlagenen Erhöhung der Gewinnspanne des gewerblichen Zwischenmieters bestehe das Risiko einer Nichtanerkennung der Umsatzsteueroption nicht mehr.

a) Die Auskunft war schon **unvollständig**, weil – darauf hat das Berufungsgericht zu Recht hingewiesen – die Beklagte die entscheidende Frage, ob die Finanzbehörde in der vorgesehenen Einschaltung der Klägerin als **gewerbliche Zwischenmieterin** den Mißbrauch einer rechtlichen Gestaltungsmöglichkeit gemäß § 42 AO sehen und deswegen den Erwerbern den Vorsteuerabzug versagen könne (vgl. dazu BGH, *Urt.v. 2.7.1992 – IX ZR 268/91, WM 1992, 1738, 1741 = GI 92, 311, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 119, 69*), im Kern dahin **verkürzt hat, ob die Klägerin als gewerbliche Zwischenmie-**

terin eine Rohgewinnmarge von 10% der Endmiete erwirtschaftete. In dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 27.6.1983 (*IV A 3-S7198-21/83, BB 1983, 1201*), das die Beklagte ihrer Auskunft zugrunde gelegt hat, wird § 42 AO als maßgeblicher Bewertungsmaßstab herausgestellt und ausgeführt, Anlaß zur Prüfung, ob ein Gestaltungs-mißbrauch vorliege, sei immer dann gegeben, wenn der Eigentümer mit der Zwischenvermietung lediglich den Vorsteuerabzug erreichen wolle und für die Zwischenvermietung wirtschaftliche oder sonst beachtliche Gründe nicht erkennbar seien. Nur als ein möglicher Anhaltspunkt dafür wird in dem behördlichen Schreiben der Fall erörtert, daß der Zwischenmieter keine eigene wirtschaftliche Tätigkeit entfaltet; dazu heißt es, dies könne insbesondere angenommen werden, wenn mit der Anmietung und Weitervermietung keine Gewinnchancen verbunden seien. Lediglich in diesem Zusammenhang wird in diesem Schreiben – zu der von der Beklagten in den Vordergrund gerückten Frage – ausgeführt, von der Prüfung, ob angemessene Gewinnchancen des Zwischenmieters vorliegen, könne abgesehen werden, wenn die Rohgewinnmarge mindestens 10% der Endmiete (ohne Nebenkosten) betrage. Da die Beklagte ihre Auskunft auf diesen untergeordneten Gesichtspunkt konzentriert hat, ist darin – gemäß der rechtsfehlerfreien Feststellung des Berufungsgerichts – **nicht genügend herausgestellt worden, daß die Finanzbehörde nach der ministeriellen Anleitung die Einschaltung der Klägerin als gewerbliche Zwischenmieterin auch dann als Gestaltungs-mißbrauch bewerten konnte, wenn diese eine solche Gewinnspanne erzielte.** Infolgedessen hatte das im Schreiben vom 17.7.1985 zusammengefaßte Ergebnis der Auskunft, nach der vorgeschlagenen Gewinnverbesserung sei das Risiko der Nichtanerkennung des gewerblichen Zwischenmietverhältnisses nicht mehr zu sehen, keine tragfähige Grundlage.

b) Das Berufungsgericht hat weiterhin im Ergebnis zutreffend darauf hingewiesen, daß die Beklagte in ihrer Auskunft auf die – nach dem Erlaß des Bundesministers der Finanzen ergangenen – **einschlägigen Entscheidun-**

gen des Bundesfinanzhofs ab 15.12.1983 hätte eingehen müssen, in denen die Einschaltung eines gewerblichen Zwischenmieters und -vermieters gemäß § 42 AO als Gestaltungsmißbrauch zur Steuerumgehung bewertet und deswegen der Vorsteuerabzug versagt wurde (*Urt.v. 15.12.1983: BFHE 140, 354-363-369-375; Urt.v. 29.11.1984, BStBl II 1985, 269 = BB 1985, 511*). Der Bundesfinanzhof hat dazu ausgeführt, für die Abgrenzung einer zulässigen von einer zu mißbilligenden Rechtsgestaltung sei maßgeblich, ob diese von verständigen Parteien in Anbetracht des wirtschaftlichen Sachverhalts und Ziels gewählt werden würde oder nicht; in Zweifelsfällen müsse deshalb für rechtliche Gestaltungsformen, die vom Normalbild abweichen, dargetan werden, daß sie auf vernünftigen Erwägungen beruhten, die dem angestrebten wirtschaftlichen Zweck angemessen seien (*BFHE 140, 354, 362; BStBl II 1985, 269, 270*). Eine Stellungnahme zum Standpunkt dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung gehörte in eine erschöpfende Auskunft, die der Klägerin als Entscheidungsgrundlage dienen sollte. Zu Recht hat das Berufungsgericht für unerheblich gehalten, ob der Klägerin – gemäß der Behauptung der Beklagten – diese Urteile bekannt waren, weil es darauf ankam darzulegen, welche Schlüsse daraus für das vorgesehene Verwertungsmodell zu ziehen waren. Nur dann konnte sich die Klägerin einen umfassenden, für eine sachgerechte Entschließung erforderlichen Gesamteindruck von den Chancen und Gefahren der damit verbundenen Umsatzsteueroption verschaffen.

c) Danach kann dahinstehen, ob – gemäß den von der Revision beanstandeten Ausführungen des Berufungsgerichts – die Auskunft der Beklagten weitere Fehler enthält.

3. Entgegen der Ansicht der Revision hat das Berufungsgericht zu Recht angenommen, daß die geltend gemachten vertraglichen Schadenersatzansprüche nicht gemäß §§ 68, 72 Abs. 1 StBerG verjährt sind.

Nach diesen Vorschriften hat die **Verjährungsfrist** von drei Jahren mit der Anspruchsentstehung begonnen, also mit dem Eintritt des behaupteten Schaden der Klägerin. Dieser war

noch nicht mit der Auskunft der Beklagten vom 15./17.7.1985 oder mit der Garantieerklärung der Klägerin vom 23.7.1985 entstanden, wie die Revision meint. **Die fehlerhafte Auskunft der Beklagten allein hatte noch keinen Vermögensverlust der Klägerin zur Folge, sondern begründete nur das Risiko eines Schaden** (vgl. *BGHZ 100, 228, 231 f; 114, 150, 152 f = GI 91, 171; 119, 69, 70 ff = GI 92, 311*). Dies gilt auch für die Garantie, der der Aufsichtsrat der Klägerin nach der rechtsfehlerfreien Feststellung des Berufungsgerichts aufgrund der Auskunft der Beklagten zugestimmt hat. Aufgrund dieser Verpflichtung hatte die Klägerin die Erwerber für den Ausfall des Steuervorteils zu entschädigen, falls die Umsatzsteueroption nicht anerkannt wurde. **Dieser Garantiefall ist erst eingetreten mit den entsprechenden Bescheiden des Finanzamtes**, die Ende 1990/Anfang 1991 – aufgrund der Außenprüfung im Juli/August 1990 – ergangen sind. Diese Beurteilung des Verjährungsbeginns entspricht dem Senatsurt. v. 3.12.1992 (*IX ZR 61/92, NJW 1993, 1139, 1141 = GI 93, 79*). Danach entsteht der Schaden, der sich aus einer Verpflichtung zur Erstattung der Steuerschulden eines Dritten ergibt, regelmäßig nicht vor Erlaß des Steuerbescheids. Ausnahmsweise wurde in jenem Falle der Erstattungsschuldner schon mit seiner Verpflichtung geschädigt, weil er darin auch eine Sicherheitsleistung durch eine Bankgarantie übernommen hatte, für die er fortlaufende Aufwendungen zu erbringen hatte. Ein solcher Ausnahmefall liegt hier nicht vor.

Die Verjährung wurde spätestens unterbrochen (§§ 209, 217 BGB), indem der Schriftsatz der Klägerin vom 3.3.1993, der die nunmehr maßgeblichen Klageanträge enthielt, der Beklagten bis zum 11.3.1993 zugestellt wurde, wie sich aus deren Erwiderung von demselben Tage ergibt.

4. Entgegen der Ansicht der Revision entfällt ein Mitverschulden der Klägerin gemäß § 254 Abs. 2 BGB. Das Berufungsgericht hat aufgrund des Schreibens der Beklagten v. 17.7.1985 rechtsfehlerfrei festgestellt, diese habe damals gewußt, daß die Klägerin eine – in diesem Schreiben erwähnte – „Garantieerklärung“ zugunsten der Erwerber im Rahmen des beabsichtigten Vermarktungsmodells abgeben sollte.

Fristwahrung

- Telefax
 - keine Verbindung zum Empfangsgerät
 - Anmerkung
- (BGH, Beschl.v. 6. 3. 1995 – II ZB 1/95)

Leitsatz:

Zu den Anforderungen, die an die Sorgfalt eines Prozeßbevollmächtigten zu stellen sind, der ein Rechtsmittel bei dem auswärtigen Gericht einlegen will und mehrere Stunden vor Ablauf der Rechtsmittelfrist feststellt, daß wegen einer Störungen des Telefax-Gerätes der Justizbehörden eine Verbindung nicht zustande kommt.

Aus den Gründen:

I. Das Landgericht K. hat den Beklagten verurteilt, an den Kläger 37.500,- DM nebst Zinsen zu zahlen. Gegen diese Entscheidung hat der seine Kanzlei in K. unterhaltende Prozeßbevollmächtigte des Beklagten am 2. 11. 1994 verspätet Berufung bei dem Oberlandesgericht K. – Zivilsenate in F. – eingelegt. Er hat geltend gemacht, am letzten Tag der Rechtsmittelfrist durch eine Störung des Telefaxgerätes des Gerichts in F. unverschuldet außerstande gewesen zu sein, die Berufungsschrift zu übermitteln und die Rechtsmittelfrist zu wahren. Das Berufungsgericht hat durch den angefochtenen Beschluß die Wiedereinsetzung versagt, weil dem Prozeßbevollmächtigten nach Erkennen der Störung des Empfangsgerätes noch mehrere Stunden geblieben seien, um die Berufung durch Telegramm in F. oder durch Übermittlung des Schriftsatzes an das Hauptgericht in K. per Telefax einzulegen, und hat die Berufung verworfen. Hiergegen richtet sich die sofortige Beschwerde des Beklagten, der seine Auffassung wiederholt, es habe kein Anwaltsverschulden vorgelegen, der Fehler liege vielmehr ausschließlich beim Gericht.

II. Die sofortige Beschwerde ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat mit Recht die

beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt, weil den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten ein Verschulden an der Versäumung der Rechtsmittelfrist trifft (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), und hat folgerichtig die Berufung als unzulässig verworfen (§ 519 b Abs. 1 S. 2 ZPO). Diese Frage war im vorliegenden Fall auch entscheidungsrelevant, weil unstreitig der Schriftsatz überhaupt nicht in den Empfangsbereich des Oberlandesgerichts gelangt ist. Wegen einer Störung des Telefaxempfangsgeräts in F. konnte nämlich schon keine Verbindung zwischen dem Sendegerät des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten und dem Empfangsgerät beim Gericht hergestellt werden, wie die verschiedenen zu den Akten gereichten, „Fehl“-Vermerke enthaltenden Sendeberichte ausweisen. **Die Frage der Abwälzung des Risikos technischer Störungen bei der Übertragung der von Empfangsgerät aufgenommenen elektronischen Signale in eine lesbare Schrift oder des vollständigen Ausdrucks des Empfangenen** (vgl. BGH, Urt.v. 7. 12. 1994 – VIII ZR 153/93 = GI 95, 117, zur Veröffentlichung in LM bestimmt), **stellt sich deswegen entgegen den zu undifferenzierten Betrachtungen des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten nicht.**

Es entspricht der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung, daß **bestimmende Schriftsätze** wie die Rechtsmitteleinlegung und -begründung **auch im Telefax-Verkehr dem zuständigen Gericht übermittelt werden können** (Sen. Beschl.v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93, GI 94, 66 = BGHR ZPO § 518 Abs. 1 „Einlegung 3“ m.w.N.). Zutreffend ist ferner, daß der Rechtsmittelführer grundsätzlich die **Rechtsmittelfrist ausschöpfen** darf, sofern er dabei die normale Frist für die Beförderung des Schriftstücks berücksichtigt (vgl. BGH, Urt. v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91, NJW 1992, 244 m.w.N. = GI 92, 41). Deswegen ist es dem Beklagten nicht vorzuwerfen, daß sein Prozeßbevollmächtigter erst am Abend des letzten Tages der Berufungsfrist den Berufungsschriftsatz von seiner Kanzlei in K. an den zuständigen Zivilsenat des Oberlandesgerichts in F. per Telefax hat übermitteln wollen. Denn auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß zu dieser Zeit das Empfangs-

gerät des Oberlandesgerichts wegen der Inanspruchnahme durch andere Absender u.U. nicht jederzeit für den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten erreichbar war, blieb ein hinreichend langer Zeitraum, um ggfs. unter Zuhilfenahme der automatischen Wahlwiederholung den Schriftsatz von K. nach F. zu versenden.

Mit Recht macht der Beklagte geltend, daß ihn kein Verschulden daran trifft, daß das Empfangsgerät der Zivilsenate in F. technisch gestört war und daß es grundsätzlich Sache der Justizbehörden in F. war, dafür Sorge zu tragen, daß das Telefaxgerät auch nach Dienstschluß funktionsfähig war (BGH, Urt. v. 2. 10. 1991 a.a.O.). Dies befreit ihn indessen nicht davon, alle noch möglichen und zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich herausstellt, daß aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen wegen einer technischen Störung eine Telefax-Verbindung nicht zustandekommt.

Daß der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten diesen Anforderungen nicht gerecht geworden ist, hat das Berufungsgericht zutreffend angenommen. Denn spätestens **um 20.00 Uhr**, als nach dreistündigen Versuchen eine Verbindung mit dem Gericht in F. nicht zustande gekommen war und das Telefaxgerät in der Kanzlei ständig Fehlversuche der Übermittlung gemeldet hatte, mußte sich dem Prozeßbevollmächtigten die Erkenntnis aufdrängen, daß bei dem Empfänger eine technische Störung vorlag und er deswegen versuchen mußte, in anderer Weise für die Einlegung der Berufung vor Ablauf des Tages Sorge zu tragen. Wie sich aus der eidesstattlichen Versicherung des Prozeßbevollmächtigten ergibt, hat er dies auch nicht verkannt. Denn sonst hätte er nicht **versucht, in F. ansässige Rechtsanwälte um die Einreichung des Berufungsschriftsatzes zu bitten**. Mit diesem fehlgeschlagenen Versuch und einer **Recherche in der Juris-Datenbank, um sich über die den Prozeßbevollmächtigten treffenden Pflichten zu unterrichten**, durfte sich der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten jedoch nicht begnügen. Ob er, wie der Kläger meint, verpflichtet gewesen wäre, mit dem Wagen nach F. zu fahren, um den Schrift-

satz dort in den Nachbriefkasten des Gerichts einzuwerfen, bedarf keiner Entscheidung. Denn dem Anwalt standen, wie das Berufungsgericht mit Recht ausgeführt hat, andere zumutbare Möglichkeiten zu Gebote. **Neben der Aufgabe eines Telegramms drängte sich vor allem auf, den Schriftsatz per Telefax an das Oberlandesgericht in K. zu versenden.** Der Hinweis, daß ihm dessen Telefax-Nummer nicht bekannt gegeben worden sei, entlastet den Anwalt nicht. Denn diese Anschlußnummer hätte er aus allgemein zugänglichen Quellen unschwer in Erfahrung bringen können. Davon abgesehen ist nicht ersichtlich, warum der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten nicht auch versucht hat, andere bei dem Oberlandesgericht K. zugelassene Anwälte mit Kanzlei in F. zu bitten, für seinen Mandanten Berufung einzulegen, nachdem bei der von ihm angewählten Kanzlei nur der Anrufbeantworter lief.

Anmerkung:

Der BGH macht deutlich, daß der Prozeßbevollmächtigte das Risiko trägt, wenn er zum Empfangsgerät des Gerichts keine Verbindung herstellen kann. Auch der Hinweis, daß der Fehler im Gerät der Justizbehörde liegt, hilft dem Berater nicht weiter. Die Entscheidung verdeutlicht, daß durch die Einschaltung technischer Hilfsmittel zur Übermittlung von Schriftsätzen die Gefahr einer schuldhaften Fristversäumung erhöht wird. Die Möglichkeit, eine Frist bis zum letzten Tag auszunutzen, birgt große Haftungsgefahren (Dr. Gräfe).

GI Leitsatz

Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht / Konkurs der GmbH

Die Entbindung des ehemaligen Steuerberaters einer in Konkurs gefallenen GmbH von der Verschwiegenheitspflicht muß durch deren ehemaligen Geschäftsführer erfolgen. (LG Saarbrücken, Beschl. v. 26. 5. 1995 – 8 Qs 73/95 – wistra 1995, 239)

Notarhaftung

- Grundbucheinsicht
- Spekulationsgewinn, § 23 EStG
(BGH, Urt.v. 13. 6. 1995 – IX ZR 203/94)

Leitsätze:

1. Der Notar ist regelmäßig nicht verpflichtet, die tatsächlichen Voraussetzungen für den Anlaß zu einer betreuenden Belehrung selbst zu ermitteln. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die steuerrechtlichen Folgen des beurkundeten Geschäfts.

2. Der Notar ist nicht verpflichtet, das Grundbuch auf Tatsachen durchzusehen, die für das Entstehen eines zu versteuernden Spekulationsgewinnes bedeutsam sein können.

Tatbestand:

Der Kläger und seine Ehefrau kauften am 16.1.1986 ein Grundstück. Am 8.1.1988 verkauften sie es durch einen von dem beklagten Notar beurkundeten Kaufvertrag zu einem um 120.000 DM höheren Kaufpreis weiter. Nach § 3 dieses Vertrages hatte der Beklagte das Grundbuch einsehen lassen und den Inhalt mit den Beteiligten erörtert.

Wegen eines Spekulationsgewinns von 92.911 DM setzte das Finanzamt gegen den Kläger und seine Ehefrau eine um 32.190 DM höhere Einkommensteuerschuld fest. Hierfür macht der Kläger, dem seine Ehefrau ihren angeblichen Ersatzanspruch abgetreten hat, den Beklagten verantwortlich. Insoweit hatte die Klage in erster Instanz – nach Einspruch gegen ein klageabweisendes Versäumnisurteil – Erfolg. Das Berufungsgericht hat den Beklagten – nur – in Höhe von 21.531 DM nebst Zinsen verurteilt und insoweit die Revision zugelassen, die der Beklagte eingelegt hat.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel ist begründet.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Auf die Gefahr eines Steuerschadens müsse der Notar ausnahmsweise hinweisen, wenn dies nach der ihm auferlegten Betreuungspflicht geboten sei. Auf einen zu versteuernden Spekulationsgewinn habe er aufmerksam zu machen, wenn er vor oder während der Beurkundung des Kaufvertrages erfahre, daß der Verkäufer das Grundstück vor weniger als zwei Jahren erworben habe, und wenn zugleich erkennbar sei, daß die steuerlichen Auswirkungen des Geschäfts für den Verkäufer von Bedeutung seien. Liege dem Notar der frühere Kaufvertrag nicht vor, und lasse er das Grundbuch durch einen Mitarbeiter einsehen, der Bezeichnung und Größe des Grundstücks sowie den Eigentümer handschriftlich notiere, so brauche das Datum des Ankaufs nicht geklärt zu werden.

Liege dem Notar aber eine Fotokopie vom Inhalt des Handblatts vor, so müsse er das Auflassungsdatum beachten. Durch den Vermerk in § 3 des vor ihm errichteten Vertrages habe der Beklagte den Eindruck erweckt, als sei er seiner Aufgabe aus § 21 BeurkG nachgekommen. Dann müsse er vollständig ins Grundbuch Einsicht nehmen. Grundbuchabschriften durch Mitarbeiter hätten sich auf den aktuellen gültigen Inhalt des Grundbuchblattes zu erstrecken. Es könne nicht Aufgabe der Notariatsangestellten sein auszuwählen, was sie daraus vermerken wollen; deshalb hätte der Beklagte entweder über die Unvollständigkeit des vom Mitarbeiter gefertigten Notizzettels „stolpern“ müssen, oder er hätte einen von vornherein unvollständigen Grundbuchauszug fertigen lassen. Aufgrund der Unvollständigkeit des Auszugs hätte er die Vertragsteile darauf hinweisen müssen, daß er über die Risiken keine volle Auskunft geben könne. Dann liege es nahe, daß nach diesen Risiken näher gefragt und im Ergebnis der Beurkundungstermin um acht Tage verschoben worden wäre.

Allerdings sei der Schadenersatzanspruch wegen eines Mitverschuldens des Klägers zu mindern. Hätte dieser gegenüber dem Finanzamt nachhaltig dargetan, daß er erhebliche Aufwendungen für Wertverbesserungen gehabt habe, wäre eine um 10.659 DM niedrigere Einkommensteuer festgesetzt worden.

II. Jene Ausführungen halten der Sachrüge der Revision nicht stand. Zwar trifft der allgemeine rechtliche Ansatz des Berufungsgerichts zu; seine weiteren Ausführungen widersprechen dem jedoch. Das Berufungsgericht erkennt auch richtig, daß seine Auffassung „im Ergebnis darauf hinausläuft, daß der Notar sein das Grundbuch einsehendes Personal dazu anhalten müsse, grundsätzlich eine vollständige Ablichtung des Grundbuchblattes vorzulegen, um so den Fehlern vorzubeugen, die bei handschriftlichen Notizen nicht ganz auszuschließen sind“. Eine solche Rechtspflicht besteht aber nicht allgemein. Auch davon abgesehen ergibt der eigene Vortrag des Klägers nicht, daß der Beklagte eine jenem gegenüber obliegende Amtspflicht im Sinne des § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO verletzt hat.

1. Der Notar, der einen Grundstückskaufvertrag beurkundet, ist regelmäßig **nicht nach § 17 Abs. 1 BeurkG gehalten, auf steuerrechtliche Folgen des beurkundeten Geschäfts hinzuweisen** (*Senatsurt. v. 14. 5. 1992 – IX ZR 262/91, WM 1992, 1533, 1535; Haug, Die Amtshaftung des Notars Rdn. 559; Reithmann/Röll/Gebele, Handbuch der notariellen Vertragsgestaltung 5. Aufl. Rdn. 214*). Denn diese gehören typischerweise nicht zum Inhalt eines Grundstückskaufvertrages selbst, sondern ergeben sich kraft Gesetzes als Folgen daraus. Die Vergütung des Notars gilt ein solches Belehrungsrisiko nicht mit ab. Im Bedarfsfalle müssen sich die Beteiligten über Steuerfragen von Fachkräften gesondert beraten lassen.

Ausnahme ist der Notar im Rahmen seiner allgemeinen Betreuungspflicht (§ 14 Abs. 1 BNotO) gehalten, auch auf **steuerliche Gefahren aufmerksam zu machen, wenn er aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls Anlaß zu der Vermutung haben muß, einem Beteiligten drohe ein Schaden, weil er sich der Gefahr des Entstehens einer besonderen Steuerpflicht nicht bewußt ist** (*Senatsurt. v. 14. 5. 1992 – IX ZR 262/91, a.a.O.; Haug a.a.O. Rdn. 565; Ganter WM Sonderbeilage 1/1993 S. 1, 7 m.w.N.*). Das gilt insbesondere für das Entstehen der sogenannten **Spekulationssteuer** (BGH, *Urt. v. 2. 6. 1981 – VI ZR 148/79, WM 1981,*

942, 943; Reithmann/Röll/Gebele a.a.O. Rdn. 215).

Die entsprechende Voraussetzung – einen objektiven Anlaß für eine derartige Besorgnis – stellt das Berufungsgericht hier nicht fest: Der Beklagte wurde nicht ausdrücklich nach einer Steuerpflicht gefragt. Er kannte zwar die einschlägigen einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen, wußte aber nicht, daß der Kläger das Grundstück erst vor weniger als zwei Jahren zu einem niedrigeren Kaufpreis selbst gekauft hatte.

2. Das Berufungsgericht erweitert die betreuende Belehrungspflicht im Ergebnis zu einer Pflicht zur Ermittlung von Tatsachen, aus denen es dann erst die konkrete Gefahr ableiten will. Das ist rechtsfehlerhaft.

a) **Ein Notar muß bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages nicht Tatsachen ermitteln, die für das mögliche Eingreifen von Steuertatbeständen** – etwa §§ 22 Nr. 2, 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG – **von Bedeutung sein können**; insbesondere erstreckt sich seine aus § 21 BeurkG ergebende Pflicht, das Grundbuch einzusehen, nicht auf solche Tatsachen (*Senatsurt. v. 5. 2. 1985 – IX ZR 83/84, NJW 1985, 1225 = GI 16/85; Haug a.a.O. Rdn. 561 f; Ganter a.a.O.*). Deshalb muß der Notar, der selbst das Grundbuch einsieht, zwar darauf achten, **ob** der Veräußerer rechtswirksam als Berechtigter eingetragen ist. Er muß aber durchweg **nicht** auf den **Zeitpunkt** des Erwerbs achten, nur um daraus möglicherweise Anlaß für eine steuerrechtliche Belehrung zu erhalten. Darüber hinaus hat ihn der Preis, zu dem der Verkäufer zuvor das Grundstück erworben hatte, durchweg nicht zu interessieren; nur aus einem Vergleich zwischen den früheren Anschaffungskosten und dem jetzt vorgesehenen Verkaufspreis könnte sich aber ein Gewinn errechnen, der möglicherweise zu versteuern wäre. Ebenso wenig wie der Notar selbst sind die von ihm beauftragten Personen zu derartigen Feststellungen verpflichtet.

§ 21 BeurkG stellt es nach einhelliger und zutreffender Ansicht in das pflichtgemäße Ermessen des Notars, wie er sich über den **Grundbuch-**

Inhalt zuverlässig unterrichtet (*Arndt, BNotO*, 2. Aufl. Anh. zu §19, *BeurkG* §21 Anm. II 2; *Keidel/Kuntze/Winkler*, *FGG* 12. Aufl. Teil B §21 *BeurkG* Rdn. 9; *Jansen*, *FGG* 2. Aufl. Bd. III §21 *BeurkG* Rdn. 7; *Mecke/Lerch*, *BeurkG* 2. Aufl. §21 Rdn. 5). Art und Umfang der Einsicht hängen entscheidend von der Rechtsnatur, dem Inhalt und den Risiken des jeweiligen Urkundsgeschäfts ab. Die geschuldete Grundbucheinsicht hat sich nur auf diejenigen Tatsachen zu erstrecken, deren Kenntnis zur Erfüllung des Zwecks des §21 *BeurkG* für das jeweilige Geschäft von Bedeutung ist, also gerade nicht auf die Umstände für die Versteuerung eines Spekulationsgewinns (*Senatsurt. v. 5.2.1985 – IX ZR 83/84*, a.a.O.; *Huhn/von Schuckmann*, *BeurkG* 2. Aufl. §21 Rdn. 22). Für den vom Beklagten hier beurkundeten Grundstückskauf war die konkrete Grundbucheinsicht deshalb nicht unvollständig, sondern ausreichend. Ob in Einzelfällen nur die vollständige Ablichtung des Grundbuchblattes eine zuverlässige Grundlage für die Belehrung durch den Notar sein mag, braucht hier nicht entschieden zu werden. Jedenfalls geht es nicht an, aus einem solchen Sonderfall heraus dem Notar Rechtspflichten für jedes durchschnittliche Urkundsgeschäft aufzuerlegen.

Einen über den Inhalt des §21 *BeurkG* hinausgehenden Vertrauensschutz konnte der beurkundete Vermerk des Beklagten, daß er das Grundbuch habe einsehen lassen, nicht begründen.

b) Auf das *Senatsurt. v. 10.11.1988 (IX ZR 31/88, NJW 1989, 586 = GI 89, 94)* kann die Ansicht des Berufungsgerichts nicht gestützt werden. In dem seinerzeit entschiedenen Fall ist der Senat von dem Grundsatz ausgegangen, daß der Notar Anlaß zu einem Hinweis auf die drohende Versteuerung eines Spekulationsgewinnes hat, wenn er vor oder während der Vertragsbeurkundung positive Kenntnis davon erhält, daß der Verkäufer das Grundstück vor weniger als zwei Jahren erworben hat und die Anschaffungskosten unter dem Verkaufspreis liegen. Ferner hat der Senat der positiven Kenntnis den Fall gleichgestellt, daß in der Kanzlei des Notars zu dem Urkundsvorgang Urkunden eingereicht

werden, aus denen sich alle genannten Tatsachen ergeben. **Nur wegen des Umstandes, daß das Büropersonal die tatsächlich vorhandenen Unterlagen dem Notar nicht vorgelegt hat, hat der Senat einen Organisationsfehler des Notars angenommen.** Die Entscheidung bietet jedoch keine Grundlage für die vom Berufungsgericht vorgenommene Ausweitung, daß der Notar sein Personal dazu anhalten müsse, von sich aus überhaupt erst die erforderlichen Urkunden herbeizuschaffen.

3. Das nach alledem auf Rechtsfehlern beruhende Urteil erweist sich nicht aus anderen Gründen als richtig. Vielmehr kann der Senat in der Sache selbst abschließend entscheiden, weil die Klage nicht schlüssig ist (§565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO). Der Kläger behauptet selbst nicht, daß dem Beklagten oder seinem Büropersonal eine Ablichtung des Grundbuchblatts oder ein handschriftlicher Vermerk mit den entscheidenden Eintragungsdaten tatsächlich vorgelegen habe. Er stützt die Klage – zu Unrecht – allein darauf, daß der Beklagte entsprechende Feststellungen nicht getroffen habe.

Insoweit ist es auch unerheblich, daß es Vordrucke für Auszüge aus dem Grundbuch gibt, die Raum nicht nur für den Inhalt der Eintragung, sondern auch für deren Datum lassen. Bedeutung erlangen solche Anregungen nur, soweit der Notar im Einzelfall zu eigenen Ermittlungen verpflichtet ist.

Freie Mitarbeit

- Sozialversicherungspflicht
- Prüfungspflicht
- Verbandsinformationen
- Mitverschulden

(*Hanseatisches OLG, Urt. v. 5.9.1992 – 11 U 96/91*)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die langjährige, umfassende steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Betreuung verlangt eine Aufklärung der Ausgestaltung der freien Mitarbeiterverträge.

2. Mandant hat die Verbandsinformationen zur Kenntnis zu nehmen und zumindest eine gezielte Überprüfung vornehmen zu lassen; andernfalls trifft ihn ein Mitverschulden von 50 %.

3. Werden Sozialversicherungsbeiträge nachverlangt, verbleibt dem Mandanten als Schaden idR. der nachentrichtete Arbeitnehmeranteil.

Aus den Gründen:

I. Der Klageanspruch ist dem Grunde nach aus dem rechtlichen Gesichtspunkt einer positiven Forderungsverletzung des Mandats- und Beratungsvertrags (§ 675 BGB) gerechtfertigt, er ist der Höhe nach jedoch nur zu einem Teilbetrag von 16.250,- DM zuzügliche 4 % Zinsen hierauf seit dem 1.2.1990 begründet.

1. Für die Entscheidung des Rechtsstreits kommt es nach Auffassung des Senats nicht auf die zwischen den Parteien strittige Frage an, ob der Beklagte bzw. ein für diesen handelnder Mitarbeiter – der Zeuge F. – dem Kläger von dem Schreiben der AO H.v. 21.12.1976 (Klägeranlage 17) seinerzeit Kenntnis gegeben hat, und wozu die Parteien kontrovers Stellung bezogen haben. Das Landgericht hat zutreffend darauf hingewiesen, daß jenes Schreiben **nicht schlechthin einen Hinweis auf eine Sozialversicherungspflicht beamteter, nebenberuflich tätiger Fahrlehrer enthält, sondern durchaus in dem Sinne verstanden werden kann, daß Sozialversicherungsbeiträge (nur) für solche Beamte abzuführen seien, die nebenberuflich als Angestellte beschäftigt würden.** Im Grunde besteht nicht nur die Möglichkeit eines solchen Verständnisses der Anlage 17, vielmehr ergibt schon der insoweit eindeutige Wortlaut, daß jenes Schreiben sich nicht mit der Frage beschäftigt, ob nebenberuflich als Fahrlehrer tätige Beamte auch als „freie Mitarbeiter“ eingesetzt werden können.

Vielmehr wird in jenem Schreiben nur die Frage behandelt und letztlich verneint –, **ob sich die (Sozial-) Versicherungsfreiheit von Beamten im Rahmen ihres eigentlichen Beamtenverhältnisses auch auf andere, außerhalb des-**

selben liegende Beschäftigungsverhältnisse erstrecken kann. Der Kläger hat im übrigen nicht behauptet, er sei mangels rechtlicher Aufklärung von der Versicherungsfreiheit bei ihm nebenberuflich beschäftigter Fahrlehrer etwa deswegen ausgegangen, weil jene auch in ihrer hauptberuflichen Tätigkeit von der Sozialversicherungspflicht freigestellt gewesen seien. Vielmehr kommt vorliegend, wie es das Landgericht ebenfalls zutreffend gewürdigt hat, eine zur Schadenersatzverpflichtung führende Pflichtverletzung des Beklagten nur insofern in Betracht, als es er bzw. der für ihn handelnde Zeuge F. unterlassen haben, beim Kläger die genauere Ausgestaltung der „freien Mitarbeiter-tätigkeit“ der betreffenden Fahrlehrer im einzelnen zu hinterfragen und dann auf sich dementsprechend ergebende Bedenken bezüglich einer Freistellung von der Sozialversicherung hinzuweisen. Daß sich der Kläger insofern nur mit Hinblick auf den Status „freie Mitarbeiter/Angestellte“ in Unkenntnis befunden haben kann, bestätigt auch der Inhalt des (unvollständig, nämlich ohne seine S. 5) zur Akte gereichten Urteils des Sozialgerichts Hamburg vom 26.4.1989.

2. Der Senat ist jedoch anders als das Landgericht der Auffassung, daß es der Beklagte oder jedenfalls der für diesen handelnde Zeuge F., welcher als Erfüllungsgehilfe des Beklagten anzusehen ist (§ 278 BGB), in fahrlässiger Weise **unterlassen haben, sich über die Ausgestaltung der „freien Mitarbeit“ der beim Kläger beschäftigten, nebenberuflich tätigen Fahrlehrer im einzelnen kundig zu machen** und den Kläger dann dementsprechend im Hinblick auf eine mögliche Sozialversicherungspflicht zu beraten. Dadurch hat der Kläger in Zusammenhang mit der nachträglichen Heranziehung zur Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen einen Schaden erlitten, wozu noch weiter unten Einzelheiten auszuführen sind.

Der Beklagte hat nicht substantiiert dargelegt, daß, in welcher Weise und bei welcher Gelegenheit er sich konkret Kenntnisse über die tatsächliche Eingliederung der „freien Mitarbeiter“ in der Fahrschule des Klägers verschafft und dementsprechend den Kläger oder dessen im

Büro tätige Ehefrau, die Zeugin P., beraten hätte. Auch der von dem Beklagten bezeichnete Zeuge F. hat bei seiner Vernehmung vor dem Landgericht ausdrücklich bekundet, daß er keine konkrete Erinnerung an entsprechende Gespräche habe. Es kann also von einer entsprechenden Aufklärung durch den Kläger oder dessen Mitarbeiter nicht ausgegangen werden. Dieses Unterlassen stellt die Verletzung einer Rechtspflicht dar, wobei diese Beurteilung nicht aufgrund einer abstrakten Pflichtenbeschreibung, sondern in Ansehung der Umstände des Einzelfalls gerechtfertigt ist (vgl. *Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht*, 1989, Rdn. 95; *BGH NJW = GI* 1988, 164 = 1988, 1079, 1080 f). Der Zeuge F., der nach eigener Bekundung von 1975 bis 1988 in der Praxis des Beklagten als Leiter der Steuerabteilung tätig war, durfte sich nicht allein auf die Auskunft des Klägers bzw. der Zeugin P. verlassen, bestimmte Beschäftigte seien „freie Mitarbeiter“. **Soweit dieser Begriff einen tatsächlichen Inhalt hat, galt zwar der für tatsächliche Angaben eines Mandanten zugunsten des Anwalts/Steuerberaters bestehende Vertrauensschutz** (vgl. *Vollkommer a.a.O.*, Rdn. 111). **Der Begriff des „freien Mitarbeiters“ ist aber nur scheinbar tatsächlicher Natur**, er hat jedenfalls auch eine rechtliche Komponente.

Es bedurfte insoweit daher einer gewissenhaften Nachfrage und Aufklärung bei dem Mandanten. Für den Kläger kann auch in dem Verhältnis zu dem Beklagten bzw. zu dem Zeugen F. kein erheblicher und problembezogener Bildungs- und Erfahrungsstand unterstellt werden, welcher die Aufklärungspflicht hätte entfallen lassen, denn dies setzte besondere Rechts- und Verfahrenskennntnisse des Klägers voraus, wofür keinerlei Anhaltspunkte bestehen (vgl. dazu: *OLG München in VersR* 1986, 172 f [Mandant/Volljurist]; *BGH in NJW* 1982, 437 f [Mandant hatte schon vergleichbare Prozesse]).

Die Pflichtenstellung mag anders zu beurteilen sein, wenn der Beklagte bzw. der Zeuge F. im Falle des Klägers nur ein Mandant zu zeitlich und sachlich eng begrenzter Betreuung und Beratung gehabt hätten. In einem solchen Fall wäre dann auch nicht präsent Wissen von

den Vorschriften des Fahrlehrergesetzes zu verlangen gewesen, welche der Zeuge F. nach eigenem Bekunden auch nicht kannte. Nur verhält sich hier die Angelegenheit anders: Der Beklagte und der für ihn handelnde Zeuge F. waren – bezogen auf den Zeitraum der sozialversicherungsrechtlichen Nachbelastung (1.12.1980 bis 31.7.1985) – schon 7 bzw. 5 Jahre für den Kläger und dessen Fahrschulbetrieb tätig. **Diese Tätigkeit betraf nicht nur eine spezifisch rechtliche Betreuung, sondern gerade auch eine umfassende, ständige Betreuung in steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht, wozu u.a. auch die monatlichen Meldungen zur AOK und zu den Berufsgenossenschaften gehörten.** Im Rahmen einer solchen mehrjährigen, umfassenden Betreuung hätte für den Beklagten und dessen einschlägig befaßte Mitarbeiter hinreichend Zeit und Veranlassung bestanden, sich einerseits mit der **spezifischen Ausgestaltung der „freien Mitarbeit“** betreffender Fahrlehrer sowie andererseits auch mit den Rahmenbedingungen dieser Fahrlehrertätigkeit vertraut zu machen.

Insofern wäre für den hier entscheidungsrelevanten Zeitraum ab 1980 jedenfalls auch Kenntnis von den Bestimmungen des Fahrlehrergesetzes (*Gesetz über das Fahrlehrerwesen v. 25. 8. 1969, BGBl I, 1336 ff – teilweise geändert durch Änderungsgesetz v. 3. 2. 1976, BGBl I, 257 ff*) zu fordern gewesen, die unstreitig nicht vorlag. Zwar handelt es sich bei den Bestimmungen jenes Gesetzes nicht um sozialversicherungsrechtliche, sondern um ordnungsrechtliche Vorschriften. Aber auch die Kenntnis jener Bestimmungen, insbesondere diejenige von den §§1 Absatz 2, 10 Abs. 1 FahrIG, wonach eine selbständige Betätigung als Fahrlehrer ohne Fahr**sch**ulerlaubnis unstatthaft ist, hätte einen zusätzlichen Anstoß auf seiten des Beklagten und des Zeugen F. gegeben, die Frage der freien Mitarbeiterschaft von Beschäftigten des Klägers und somit auch die Frage entsprechender Sozialversicherungspflicht kritisch zu überdenken.

Wäre solches geschehen und dann eine entsprechende Beratung des Klägers erfolgt, die

sicherlich aber nicht eine eindeutige Prognose zu späteren behördlichen und sozialgerichtlichen Bewertungen zum Inhalt haben mußte, so hätte sich der Kläger entweder für entsprechende Meldungen zur AOK entschließen, ansonsten aber auch sich in seinem beschäftigungsmäßigen Verhalten gegenüber den betreffenden Mitarbeitern rechtzeitig einrichten können. Der **Schaden** des Klägers besteht unabhängig von der unter den Prozeßparteien unterschiedlich beurteilten Frage, ob sich die beim Kläger nebenberuflich tätigen Fahrlehrer einen Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen von den vereinbarten Stundenlohnsätzen hätten gefallen lassen, zumindest darin, daß sich der Kläger gegenüber den betreffenden Fahrlehrern für den Fall einer etwaigen nachträglichen Heranziehung **nicht die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen vorbehalten oder sich nicht bei seiner Preisgestaltung gegenüber den Fahrschulkunden entsprechend eingerichtet hat**. Es besteht kein Anhaltspunkt dafür, daß der Kläger von den seinerzeit bei ihm beschäftigten nebenamtlichen Fahrlehrern jetzt noch Sozialversicherungsbeiträge nachträglich fordern kann, entsprechendes behauptet auch nicht der Beklagte.

3. Es kann schließlich den Beklagten auch nicht entlasten, **wenn etwaige frühere Betriebsprüfungen nicht zu Beanstandungen in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht geführt hatte**. Ein diesbezüglicher Vertrauenstatbestand zugunsten des Beklagten kann schon deshalb nicht angenommen werden, weil in keiner Weise konkret und nachvollziehbar dargelegt ist, wann, wie umfassend und mit welchen wesentlichen Zielaspekten solche Betriebsprüfungen stattgefunden haben sollen. Ebensowenig ist gesagt, ob solche Betriebsprüfungen auch die Untersuchung des konkreten Tätigkeitsablaufs der „freien Mitarbeiter“ zum Gegenstand gehabt hätten, mithin gerade den Gesichtspunkt, der wesentlich für das den Kläger belastende sozialgerichtliche Ur. v. 26.4.1989 gewesen war.

4. Die versäumte Aufklärung des Klägers erfolgte schon nach den eigenen Darlegungen des Beklagten in fahrlässiger Weise, er hat sie

gemäß §§ 276 Abs. 1, 278 BGB zu verantworten, und sie begründet seine Schadenersatzpflicht gegenüber dem Kläger. Allerdings ist der Beklagte nur zu teilweise Schadenersatz verpflichtet, weil sich der Kläger ein gleichwertiges und zum Teil – nämlich bezüglich Konkursberatungs- und Immobilienschätzkosten von insgesamt DM 2.950,- ein überwiegendes **eigenes Mitverschulden anrechnen lassen muß**. Dazu im einzelnen:

a) Der Kläger war in dem Zeitraum 1980 – 1985 und auch davor Mitglied des Fahrlehrerverbands. Als solches erhielt er die **Mitgliedszeitschrift „Fahrschule“** sowie sonstige **Verbands-Informationsschriften**. Solches Material wurde nämlich, wie auch aus den Bekundungen des Zeugen Rechtsanwalt Dr. N., einem langjährigen Berater des Fahrlehrerverbands, folgt, jeweils an die Fahrschulen der Verbandsmitglieder verschickt. Der Zeuge Dr. N. hat weiter glaubhaft bekundet, daß die Problematik der Beschäftigung beamteter Fahrlehrer als „freie Mitarbeiter“ schon mehrere Jahre vor der für den Kläger entscheidenden Betriebsprüfung (1985) im Verband bekannt war. Mit dieser Problematik hätten sich verschiedentlich Verbandsmitteilungen hinweisend und auch warnend befaßt. **Soweit der Kläger solche Verbandsmitteilungen nicht zur Kenntnis oder aber wenigstens zum Anlaß genommen hat, nun seinerseits den Beklagten oder dessen Mitarbeiter F. auf eine gezielte Überprüfung des Status der betreffenden Fahrlehrer anzusprechen, handelte er treuwidrig**, und er ließ diejenige Aufmerksamkeit außer acht, die ihm verständigerweise zumutbar war, um sich selbst vor Schaden zu bewahren. Dieses sog. „Verschulden gegen sich selbst“ muß sich der Kläger gemäß § 254 BGB anrechnen lassen. Ergänzend und zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat insofern auch Bezug auf die entsprechenden Ausführungen in dem landgerichtlichen Urteil.

b) In der grundsätzlichen Bewertung der Mitverantwortlichkeit des Klägers für den Schaden, soweit er in der Verpflichtung zur Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen besteht (zur Höhe des Schadens wird noch weiter unten

ausgeführt), ist der Senat allerdings der Auffassung, daß die beiderseitigen Verursachungsbeiträge gleich schwer wiegen und in gleichem Maße den Schadeneintritt wahrscheinlich machten. Auch das erst in zweiter Linie bei der Abwägung zu beachtende Maß des beiderseitigen Verschuldens (vgl. BGH NJW 1969, 789 ff, 790) kann hier nicht entscheidend unterschiedlich gewichtet werden. Daher ist es gerechtfertigt, dem Kläger hier von vornherein nur einen 50%igen Schadenersatz zuzubilligen. Soweit dies das Landgericht auch im Zusammenhang mit der Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen anders gesehen und diesbezüglich ein überwiegendes Mitverschulden des Klägers angenommen hat, wird dies nach Auffassung des Senats durch eine persönliche Erklärung des Klägers zu Protokoll des Landgerichts nicht gedeckt. Denn der Kläger hat dort lediglich ausgeführt, daß er bei Anmeldung der hier entscheidenden Betriebsprüfung sich mit dem Vorsitzenden des Fahrlehrerverbands als auch mit dem Zeugen Dr. N. wegen der Einschätzung des Status der „freien Mitarbeiter“ in Verbindung gesetzt habe. Über die Intensität etwaiger Gespräche im Kollegenkreis ist nichts gesagt, solche Gespräche wären zudem rechtlichen Beratungen nicht gleichzustellen. Dies war dann aber zu einem Zeitpunkt, als ein in nachzufordernden Sozialversicherungsbeiträgen für 1980–1985 bestehender Schaden schon schuldhaft verursacht worden war. Die Bekundungen der Zeugin P., auf die das Landgericht ebenfalls verwiesen hat, weichen in dieser tatsächlichen Hinsicht auch nicht von der Erklärung des Klägers ab. Die Annahme des Landgerichts, für eine derartige Rückfrage hätte der Kläger keinen Anlaß gehabt, wenn er nicht schon zuvor die Art der Abrechnung betreffend die beamteten Mitarbeiter als zweifelhaft und rechtlich fragwürdig eingeschätzt hätte, ist nach Auffassung des Senats nicht zwingend.

c) Soweit der Kläger allerdings einen Schaden deshalb geltend macht, weil er für eine konkursrechtliche Anwaltsberatung sowie für eine Immobilienschätzung Aufwendungen von insgesamt DM 2.950,- gehabt habe, scheitert der Anspruch bereits an einem überwiegenden Mitverschulden des Klägers (§ 254 Abs. 2 BGB).

Er führt nämlich insoweit ohne weitere Darlegungen aus, daß dies „im Zusammenhang mit der rechtlichen Auseinandersetzung mit der AOK und später zur Vorbereitung der Vergleichsverhandlungen“ geschehen sei. Diese Ausführungen des Klägers lassen aber nicht erkennen, inwiefern die betreffenden kostenverursachenden Maßnahmen vor und während der im Ergebnis erfolgreichen Vergleichsverhandlungen mit der AOK sinnvoll und nötig waren, und weshalb er insofern nicht ein etwaiges Scheitern der Bemühungen in der rechtlichen Auseinandersetzung und hernach bei den Vergleichsbemühungen abgewartet hat. Ohne nähere Darlegung des Klägers muß hier angenommen werden, daß eine konkursrechtliche Beratung sowie eine Immobilienschätzung auch kurzfristig möglich gewesen wären. Dem Vortrag des Klägers ist schließlich nicht zu entnehmen, daß die beiden Maßnahmen in Ansehung des vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags vermittelten Vergleichs noch irgendeine wesentliche Bedeutung hatten.

5. a) Nach allem hat der Kläger Anspruch auf Ersatz des hälftigen, ihm im Zusammenhang mit der nachträglichen Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen entstandenen Schadens. Bei der Berechnung darf jedoch nicht der volle, vom Kläger aufgewendete und angesetzte Betrag von DM 65.000,- zugrunde gelegt werden, sondern nur ein Betrag von DM 32.500,-. Da die AOK dem Kläger im Rahmen des getroffenen Vergleichs von ihrer Forderung nicht gesondert Arbeitgeber- oder Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung erlassen, sondern ihre Forderung pauschal auf DM 65.000,- reduziert hat, betrifft die Hälfte dieses Betrages Arbeitgeberanteile, die der Kläger ohnedies zu tragen gehabt hätte. **Darauf, wie der Kläger die Stundenlöhne der nebenberuflich tätig gewesenen Fahrlehrer kalkuliert hatte, kommt es im Hinblick auf die nachzuentrichteten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung nicht an.** Demnach verbleibt als **Schaden der vom Kläger nachentrichtete Arbeitnehmeranteil** zur Sozialversicherung, wovon sich der ihm gemäß den obigen Ausführungen zuzubilligende hälftige Schadenersatz mit DM 16.250,- errechnet.

b) Die vom Kläger weiter geltend gemachten Zinsen (4 % p. a. seit dem 1. 1. 1990) sind in beantragter gesetzlicher Höhe, allerdings nur seit dem 1. 2. 1990 berechtigt (§ 284, 288 Abs. 1 BGB). Das Forderungsschreiben des Klägers vom 22. 11. 1989 an den Beklagten ist nämlich nicht als Mahnschreiben zu qualifizieren und beinhaltet darüber hinaus die Zubilligung einer Regulierungsfrist bis Ende Januar 1990. Eine Anspruchszurückweisung durch den Beklagten erfolgte ebenfalls erst unter dem 30. 1. 1990.

6. Der von dem Beklagten erhobene Verjährungseinwand greift bezüglich der berechtigten Klageforderung von DM 16.250,- zzgl. 4 % Zinsen seit dem 1. 2. 1990 nicht. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob hier, wie der Beklagte meint, die Dreijahresfrist gemäß § 68 Steuerberatungsgesetz (StBG) einschlägig ist, oder aber – so der Kläger – die entsprechend lange Frist aus § 51 BRAO. Beide Vorschriften stellen, wie im übrigen auch die allgemeine Verjährungsvorschrift des § 198 BGB, für den Verjährungsbeginn auf die „Entstehung“ des Anspruchs ab. **Der Lauf der Verjährungsfrist hatte im vorliegenden Fall frühestens mit dem Zugang des Nacherhebungsbescheids der AOK v. 18. 12. 1985 an den Kläger begonnen, da für diesen erst damit eine konkrete Gefahr tatsächlich entstanden und ihm somit die Möglichkeit eröffnet war, mit einiger Sicherheit auf Erfolg Feststellungsklage zu erheben** (so für Fälle der vorliegenden Art: *Hefermehl in Erman, BGB, Band 1, 8. Aufl. 1989, Rdn. 10 zu § 198 unter Bezug auf BGHZ 83, 328 ff., 333 f. = GI 14/82; vgl. ferner: OLG Karlsruhe in NJW-RR 1991, 922 ff., 923; ähnlich für Fälle von Nacherhebungen aufgrund von Außenprüfungen: Gehre, Steuerberatungsgesetz, 2. Aufl. 1991, Rdn. 11 zu § 68).*

Verjährung für die klägerischen Schadenersatzansprüche konnte demnach frühestens am 19. 12. 1988 eintreten. Zu beachten bleibt aber weiter, daß der Lauf der Verjährung jedenfalls in der Zeit vom 8. 1. 1988 bis zum 5. 10. 1989 (knapp 21 Monate) gehemmt war. Die Parteien hatten nämlich mit ihrem Schriftwechsel v. 15. 12. 1987/ 7. 1. 1988 vereinbart, daß **zunächst der Ausgang des sozialgerichtlichen Verfahrens ab-**

gewartet werden sollte. Darin ist ein **pactum de non petendo i.S.d. § 202 Abs. 1 BGB** zu sehen, also die Absprache, daß ein Anspruch einstweilen nicht geltend gemacht werden soll (vgl. *Palandt-Heinrichs, BGB, 51. Aufl. 1992, Rdn. 8 zu § 202*). Die Zustellung des sozialgerichtlichen Urteils erfolgte erst am 5. 9. 1989, so daß unter Beachtung der in § 205 BGB geregelten Wirkung der Verjährungshemmung die Einreichung der vorliegenden Klage im August 1990 mit ihrer verjährungsunterbrechenden Wirkung (§§ 209 Abs. 1 BGB, 270 Abs. 3 ZPO) in jedem Falle vor Verjährungseintritt (Anfang September 1990) vorgenommen worden ist.

Da nach alledem der Verjährungseinwand des Beklagten ungerechtfertigt ist, kann für die Entscheidung des Rechtsstreits dahingestellt bleiben, ob entsprechend einer neueren Rechtsprechung (vgl. *BGH GI 1991, 171 = ZIP 1991, 589 ff.*) hier der Lauf der Verjährung nicht erst überhaupt mit Rechtskraft des sozialgerichtlichen Urteils begonnen haben könnte.

Anmerkung:

Die Ausführungen zum Verjährungsbeginn sind durch die Entscheidung des BGH Urt. v. 11. 5. 1995 – IX ZR 140/94 – bestätigt worden: Für den Verjährungsbeginn kommt es nicht auf die Bestandskraft, sondern die Bekanntgabe des schädigenden Steuerbescheides an wenn ein fehlerhafter Steuerrat ursächlich war.

GI Leitsätze

Abschlußprüfung – vereinbar mit Beratung?

Die Beratung oder Vertretung eines Auftraggebers in steuerlichen oder wirtschaftlichen Angelegenheiten schließt in der Regel die Abschlußprüfung durch denselben Wirtschaftsprüfer nicht aus.

(LG Konstanz, Urt. v. 13. 1. 1995 – 1 HO 87/93, n. rkr. – WPK-Mitt 1995, 102)

GI Leitsätze

Standesrecht Steuerberater / Mandatsende / Zurückbehaltungsrecht / Arbeitszeugnis

1. Die Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung gebietet es, daß nach der Beendigung des Mandates die Steuerberatungsunterlagen, auf die der Mandant einen Anspruch hat, ohne Verzögerung und vollständig zurückgegeben werden. Macht der Steuerberater wegen noch offener Forderungen ein Zurückbehaltungsrecht geltend, so muß er dies ausdrücklich tun und die Restforderung exakt benennen.

2. Die Nichterteilung eines Arbeitszeugnisses für einen Angestellten, auf das dieser gemäß § 630 BGB einen Anspruch hat, stellt ebenfalls eine Verletzung der Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung dar. Standesrechtlich ist es auch nicht hinnehmbar, sein Zeugnis selbst vorzuformulieren.

(LG Stuttgart, Urt. v. 23. 11. 1993 – 14 StL 17/93 – SBK Rheinland-Pfalz 1995/3, 8)

Steuerberatung / Bestellung nach ausländischem Recht

Steuerliche Berater, die nicht nach deutschem Recht bestellt sind, dürfen im Geltungsbereich des StBerG keine Hilfe in Steuersachen leisten. Das gilt auch für Beratungen und Tätigkeiten vom Ausland aus. Sie sind daher in jedem Einzelfall nach § 80 Abs. 5 AO zurückzuweisen. Gleiches gilt auch für Steuerberatungsgesellschaften, die in einem anderen (EU-)Mitgliedsstaat nach dortigem Recht zugelassen sind, ohne in Deutschland als Steuerberatungsgesellschaft anerkannt zu sein (vgl. BFH-Urt. v. 19. 7. 1994 – VII R 107/93, n.v.).

(Vfg. OFD Düsseldorf v. 6. 10. 1994 – S 0821 A – St 313, Steuer-Telex 94, 706)

Rechtsmittelfrist / Auslandsaufenthalt des Mandanten

Wer in Kenntnis des Bestehens einer gerichtlichen Entscheidung eine Geschäftsreise in den Iran unternimmt, hat dafür Sorge zu tragen, daß er für seinen Prozeßbevollmächtigten erreichbar ist oder, wenn dies nicht möglich ist, daß er mit dem Prozeßbevollmächtigten Kontakt aufnehmen kann, um sich über den Inhalt der Entscheidung und eine etwaige Rechtsmittelfrist zu informieren.

(BGH Beschl. v. 19. 12. 1994 – II ZR 174/94 – VersR 1995, 810)

Sozietät zwischen Anwaltsnotar und Wirtschaftsprüfer

Nach der Neuregelung des § 59 a BRAO ist die Sozietät zwischen einem Anwaltsnotar und einem Wirtschaftsprüfer zulässig.

(KG Berlin, Beschl. v. 9. 11. 1994 – Not 7/94, n.rkr. – WPK Mitt. 1995, 53)

GI Hinweise

Der Dr. Otto Schmidt Verlag stellt eine fällige Überarbeitung des Bauträgerrechts vor. Neben den Gestaltungen der Bauträgerverträge werden die Fondsgestaltungen, die Mitwirkung des Notars und das Erschließungsrecht sowie die städtebaulichen Verträge erörtert. Daneben nimmt einen breiten Raum die Haftung der finanzierenden Bank und der für die Beratung und den Vertrieb zuständigen Bank ein. Eingehend erörtert werden Haftungsgefahren aus der Treuhandenschaft, für Prospektangaben und für Baumängel. Die wichtigsten Notarkammer-Rundschreiben sind abgedruckt.

Die Neuerscheinung ist interessant für Rechtsanwälte, Notare, Initiatoren, Treuhänder, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. (Herr Reithmann/Meichsner/von Heymann: Kauf vom Bauträger 7. völlig überarbeitete Auflage 1995, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, 741 S., DIN A5, ISBN 3-504-64856-2).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 11, 1995)

Amtspflichtverletzung

- Verjährungsunterbrechung
= Klage gg. Gewinnfeststellungsbescheid 95, 222
- Vollstreckungsmaßnahme 95, 222

Anerkenntnis

- Information d. Berufs-Haftpflichtversicherers 95, 131

Anscheinsbeweis

- Ursachenzusammenhang, haftungsausfüllender 95, 74

Auskunftsvertrag

- stillschweigender Abschluß 95, 251
- unvollständige A.
= Zwischenvermittlung 95, 252
- Vertrauensschaden 95, 248

Belehrungspflicht d. Notars

- „ins Blaue hinein“ 95, 158
- rechtliche Tragweite 95, 158
- Vorleistung, ungesicherte 95, 158

Auskunft d. Gerichtes

- zum Fristenlauf 95, 42
- zur Zuständigkeit 95, 42

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Auftragsinhalt 95, 65
- Beweislast 95, 49, 178
- Dokumentationspflicht? 95, 49, 194
- Eindringlichkeit d. – 95, 178
- Erfolgsaussichten, Rechtsmittel 95, 143
- über Fehler des Vorberaters 95, 53
- Kostenbelastung 95, 143
- Nachprüfung durch StB? 95, 178
- über steuerliche Risiken
= vermeidbare Steuern 95, 30
- relativ sicherster Weg
= Verfassungsmäßigkeit 95, 30
- ungefragte –
= Auftragsinhalt 95, 65

Berichtigung (§129 AO)

- unterlassene FA-Prüfung 95, 157

Berufsrecht d. StB

- Teilnahme an mündlicher Prüfung
= Existenzgefährdung 95, 187

Berufsverbot

- Schuldnerverzeichnis 95, 144

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag
= pauschale Begründung 95, 20, 195
- = am vorletzten Tag 95, 195

Bestandskraft

- Wiederholung eines VA 95, 46

Betriebsaufgabe

- verzögerte – 95, 134

Beweislast

- Fehlberatung 95, 49
- Kausalität
= z. Pflichtverletzung u. Schaden 95, 21, 51

Bilanz

- Dritthaftung 95, 51
- Testat
= ohne – 95, 51

Bilanzveröffentlichung

- Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts 95, 39

Buchführungsauftrag

- Belehrungspflicht
= Investitionszulage 95, 233
- Datenerfassung
= durch Mandanten, Dipl.-Betriebsw. 95, 131
- Mandantenpflichten
= fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13

Darlegungslast/Regreßanspruch

- Schaden
= Umsatzsteueroption 95, 35

Dokumentationspflicht?

- über Belehrung 95, 49, 194

Dritthaftung

- stillschweigender Auskunftsvertrag
= Bescheinigung ü. Steuererstattung 95, 126
- Bilanz
= ohne Testat 95, 51
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
= Kreditgeber 95, 126
- = Testat 95, 126

EDV-Fristenkalender

- Ausdruck d. Eingabe 95, 247
- Fehlerprotokoll 95, 247

Fachanwalt

- besondere Kenntnisse 95, 121
- Erfolgsquote Klausuren 95, 121

Finanzgerichtsordnung

- Vertagungsantrag 95, 142

Freie Mitarbeiter

- Prüfungspflicht d. StB 95, 258

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch
= dezentrale – 95, 43
- Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 194
- Fristausnutzung 95, 94, 195

- Fristenkontrollbuch		= Prüfung und Korrektur d. Buchführung,	
= EDV-gestütztes -	95, 247	§ 25 Abs. 2	95, 35
= Telefax	95, 2	- Fotokopierkosten, § 17 StBGebV	95, 32
= Vorfristnotierung	95, 25	- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
- Fristüberwachung durch RA		= Angabe d. Rahmensatzes?	95, 78
= Auskunft d. Geschäftsstelle	95, 42	= Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale	95, 13
- Fristversäumnis, unverschuldete -		= Bestimmungsrecht, Festlegung	95, 13
= Auslandsaufenthalt	95, 264	= Buchführungshonorar	95, 32
= Azubi, falscher Briefumschlag	95, 221	= Höchstsatz	95, 78
= Brief an unzuständiges FA/Gericht	95, 221	= Lohnbuchhaltung	95, 32
= Eingangsmitteilung d. Gerichtes	95, 194	- Kassenbuch	95, 11
= Falschadressierung, Auszubildender	95, 90	- nach Kündigung	95, 80
= Krankheit	95, 239	- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV	
= Postbeförderung, neue Bundesländer	95, 42	= Sozialversicherungsträger	95, 32
- Information an Mandanten		- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= Einspruchsentscheidung	95, 42	= unwirksame Vereinbarung	95, 11
= Rückfrage beim Mandanten?	95, 42	- Unkostenpauschale, § 19 StBGebV	
- Postannahme beim Mandanten		= verschiedene Angelegenheiten	95, 12
= Postleitzahl	95, 182	= jeder Buchungsmonat	95, 32
= Verlust d. Niederlegungsscheins	95, 44	- Zeithonorar	
- Telefax		= Angaben, § 13 StBGebV	95, 12
= Empfang, Ausdruck	95, 2	= Führung des Kassenbuchs	95, 11
= Fristlöschung	95, 2	= Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV	95, 11
= OK-Vermerk, Sendebericht	95, 117		
- Weisung an Bürokräft		Investitionszulage	
= mündliche	95, 207	- Auftrag zur Beantragung d. -	95, 233
Geschäftsbücher		Kassenbuch	
- Einsicht in -	95, 168	- Scheckverwendung	95, 13
Gewerbebetrieb		- Vergütung, Zeitgebühr?	95, 11
- Infektionstheorie	95, 168	Kausalität	
- Konkursverwalter	95, 168	- Beweislast: siehe dort	
GmbH		- Fehler des zweiten RA/Mitverschulden	95, 3
- Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996	95, 39	- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
Grundurteil		= Anscheinsbeweis	95, 74
- Schadenentstehung	95, 21	- Schutzzweck	
Haftungsbeschränkung		= der Beratungspflicht	95, 75
- im Treuhandvertrag		- Unterbrechung der -	95, 3
= unmittelbare Schäden	95, 183	Kenntnis d. Steuerrechts	
Handakten		- Zeitschriften	
- Mindestinhalt, StB	95, 199	= BStBl = DStR = EFG	95, 15
Hinweispflicht d. Gerichtes, § 139 ZPO		Klageerhebung	
- Fristverlängerungsantrag	95, 195	- bedingte -	95, 246
- Rechtsprechungsänderung	95, 199	Klageschrift	
Honoraranspruch d. RA		- Abhandenkommen d. -	95, 246
- Abtretung	95, 168	Konkursverwalter	
- vorzeitige Beendigung des Mandates,		- Abgabe d. Steuererklärung	95, 142
§ 13 BRAGO	95, 123	- gewerbliche Einkünfte?	95, 168
Honoraranspruch d. StB		- Unternehmensfortführung,	
- Arbeitsergebnisse, Vorlagepflicht	95, 199	Versicherungsschutz	95, 20
- Buchführung		- Vorsteuerabzug	
= Überprüfung und Korrektur	95, 35	= Eigentumsvorbehaltsware	95, 39
- Einnahme-Überschußrechnung,		Lohnbuchhaltung	
§ 25 StBGebV		- Fahrtkostenerstattung, steuerfrei	95, 131
		Lohnsteuerhilfverein	
		- Mitunternehmereinkünfte	95, 64

Mandatsniederlegung		Prüfungsauftrag	
– Mitteilungspflicht	95, 146	– Beratung vereinbar?	95, 263
– rechtswidrige Weisung	95, 124	Prüfungspflicht	
Mandatsübernahme		– ungefragte –	
– Ermittlungspflicht	95, 235	= Auftragsinhalt	95, 65
Mitarbeiter d. StB, WP, RA		Rechtsanwalt	
– Scheckweiterleitung durch –	95, 17	– Beratungspflichten	
Mitverschulden		= Beseitigung d. Erbrechts, §1933 BGB	95, 58
– fehlerhaftes Kassenbuch	95, 13	= Erbvertrag, Rücktritt vom –	95, 58
– Kenntnis des Mandanten		= Verjährungsprüfung	95, 16
= Investitionen, Steuerersparnis	95, 226	= Werkvertrag, Nichterfüllung	95, 69
– Verbandsmitteilungen	95, 259	– Urkundenprozeß	
– Zeitablauf	95, 30	= Beschleunigungsinteresse	95, 21
– Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA	95, 3	Rechtsberatung / Rechtsbesorgung	
Nachbesserung		– Geschäftsmäßigkeit	95, 64
– Recht d. StB	95, 17	– durch Verbandsvertreter, Amtsgericht	95, 90
– nach Wechsel d. StB	95, 17	Rechtsmittelauftrag	
Nichtzulassungsbeschwerde		– Erfolgsaussichten	95, 143
– durch Steuerberatungs-GmbH	95, 2	Rechtsprechungsänderungen	
Notar		– Aussetzung, Vorauszahlungen	95, 220
– Amtspflicht		– Fristsache, Pflicht z. Weiterleitung	95, 220
= zukünftiger Erbe	95, 104	– Kuraufwendungen, Amtsarzt	95, 194
– Anderkonto		Revision	
= Hinterlegungsanweisung, Änderung d. –	95, 201	– bei BFH statt FG	95, 246
– Belehrungspflichten		Revisionsbegründung	
= Erschließungskosten	95, 55	– Anforderungen an –	95, 240
= über Versteuerung eines Spekulations-		Schaden	
gewinns	95, 256	– Betriebsumwandlung	95, 229
– Rechtsmittel, unterlassenes		– bei Familienunternehmen	95, 229
= Erinnerungen, Mahnungen	95, 104	– nach Fristversäumnis	95, 146
– Schutzbereich des / §19 BNotO	95, 104	– Kalkulationsschaden, USt	95, 37
– Tätigwerden, unverzügliches	95, 104	– Pachtnebenkosten, USt	95, 91
Parteiverrat, §356 StGB		– Sozialversicherungsbeiträge	95, 259
– Sozietät, Mandatsbeschränkung	95, 77	– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	95, 82
– Strafsache	95, 64	– Zinsschaden/abstrakte Berechnung	95, 30
– Vollmacht, Auslegung d. –	95, 77	Schuldnerverzeichnis	
Praxiswert		– d. StB	95, 144
– Nutzungsdauer	95, 2	Sozietät	
– Sozietätsgründung	95, 90	– Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer	95, 264
– Übertragung des –	95, 2	Steuerberaterprüfung	
Praxisveräußerung		– berufspraktische Vorbildung	95, 90
– weitere Mitarbeit	95, 168	Steuerberatungsgesetz	
– weitere Tätigkeit	95, 194	– §46 Abs. 3 Nr. 2	
Prospekthaftung		Vermögensverfall	95, 144
– Treuhänder	95, 209	– §57a	
Prozeßkostenhilfe		= Anzeige, Tagespresse	95, 206
– Unterschrift	95, 2	– Buchhalter	95, 90, 142
Prozessuale Fragen		– Betriebswirt	95, 142
– Vertagungsantrag, Attest	95, 142	StB-GmbH	
Prozeßvergleich		– ausländische	95, 64
– Widerruf	95, 93	Steuerberater	
– Wiedereinsetzung?	95, 95	– ausländischer –	95, 264
Prozeßvollmacht		– gewerbliche Einkünfte	95, 168
– Widerruf, Vertretungsbefugnis	95, 90		

Steuerberatungsvertrag

- Auflösung des –
= Mitteilungspflicht 95, 146
- Inhalt d. – 95, 65
- Laufzeit d. – 95, 80
 - = Jahreshonorar 95, 80
- Nachbesserungsrecht 95, 17
- Pflicht z. Steuerzahlung? 95, 26

Steuergesetze

- Verfassungswidrigkeit 95, 30

Steuerhaftung

- d. GmbH-Geschäftsführers 95, 100
- = StB-Verschulden 95, 246

Steuerhinterziehung

- Körperschaftsteuer 95, 168
- Vorsatz 95, 168

Steuerschuld

- Zahlung d. –
- = Verantwortungsbereich d. StB? 95, 26

Steuerzahlung

- durch Steuerberater? 95, 17

Streitgenossenschaft

- Rechtskraft 95, 199

Telefax

- Ausdruck im Empfangsgerät 95, 2
- Fristlöschung 95, 2
- Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde 95, 254
- Zugangsnachweis
- = OK-Vermerk, Sendebericht 95, 117

Treuhänder

- Haftungsbegrenzung
- = unmittelbarer Schaden 95, 183
- Prospekthaftung d. – 95, 209
- Verjährung von Regreßansprüchen
- = Rechtsanwalt, § 51a BRAO 95, 214
- = Steuerberater, § 68 StBerG 95, 10

Umdeutung

- NZB in Revision 95, 246

Umsatzsteuer

- Optionsschaden 95, 35
- Pachtumlagen, Schaden 95, 91
- Rechnungsberichtigung 95, 146
- Steuerausweis, unberechtigter
§ 14 Abs. 3 95, 142, 146
- tatsächliche Verständigung 95, 142

Umwandlung

- konsolidierte Schadenbetrachtung 95, 229

Unterbrechung der Verjährung

- FG-Klage 95, 222

Unterschrift

- Klageschrift 95, 246
- PKH-Antrag 95, 2

Urkundenprozeß

- Aktenbeiziehung 95, 21
- Beschleunigungsinteresse 95, 21

Verdeckte Gewinnausschüttung

- Fehlbuchungen, Scheckverwendung 95, 13
- Selbstkontrahierungsverbot 95, 39

Verfassungsmäßigkeit

- d. Steuergesetze 95, 30

Vergleichsverwalter

- Honorarschuldner f. Bilanz? 95, 102

Verjährung (§ 51 BRAO)

- Sekundäranspruch
- = neuer RA 95, 29
- Verjährungsbeginn
- = Fristablauf 95, 3, 27
- = Kosten d. Vorprozesses 95, 28
- = Wiedereinsetzung 95, 28

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)

- Bautreuhänder 95, 10
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und
und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
- = Anlaß für – 95, 134
- = Mandatsende, neuer Steuerberater 95, 169
- Verjährungsbeginn
- = Bekanntgabe d. Steuerbescheides 95, 169
- = Bestandskraft d. Steuerbescheides 95, 169
- = Betriebsaufgabe, verzögerte 95, 134
- = Fristablauf 95, 3
- = Prozeßfehler 95, 169
- = Teilschaden 95, 220

Verjährung (§§ 839, 852 BGB)

- Unterbrechung der –
- = FG-Klage 95, 222

Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts

- Bilanzveröffentlichung 95, 39

Verschwiegenheit

- Abtretung d. Honorarforderung 95, 168
- Einsicht in Geschäftsbücher 95, 168
- Entbindung von –
- = Konkurs der GmbH 95, 255

Versicherungsschutz

- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils 95, 150
- = sog. Voraussetzungs-Identität 95, 150
- Konkursverwalter 95, 20
- wissentliche Pflichtverletzung
- = Darlegungslast

Versorgungswerk, Rechtsanwälte

- Pflichtmitgliedschaft
- = geringfügige Beschäftigung 95, 64

Vertagungsantrag

- Attest 95, 142

Verwaltungsakt

- Wiederholung eines – 95, 46

Vollmacht		BGH v. 28.4.1994 – IX ZR 161/93	95, 55
– Auslegung d. –	95, 77	= NJW 94, 2283 = WM 94, 1673	
		= VersR 94, 1310 = BB 94, 1958	
Weisung d. Mandanten			
– Bindung?	95, 49, 194	BGH v. 29.4.1994 – VZR 62/93	95, 2
– unsachgemäße –	95, 124	= NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494	
Werbeverbot			
– Anzeigen, Tagespresse	95, 206	BGH v. 4.5.1994 – XII ZB 21/94	95, 2
– Auslegung § 57a StBerG	95, 206	= NJW 1994, 2097	
– Tätigkeitshinweise	95, 240	BGH v. 26.5.1994 – III ZB 11/94	95, 42
		= VersR 1995, 71 = MDR 1994, 1250	
Wettbewerbsverbot			
– Karenzentschädigung		BGH v. 7.6.1994 – 5 StR 85/94	95, 77
= Abfindung statt –	95, 240	= BGHSt 40, 188 = NJW 1994, 2302	
Widerruf			
– Prozeßvergleich	95, 93	BGH v. 8.6.1994 – VIII ZR 103/93	95, 183
		= NJW 1994, 2228 = DStR 1994, 1201	
		= VersR 1994, 1360	
Wiedereinsetzung			
– Antrag		BGH v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93	95, 21
= Frist d. –	95, 76	= BGHZ 126, 217 = NJW 1994, 3295	
– Berufungsbegründungsfrist, s. dort		= VersR 1994, 1231	
– Fristenkontrolle, s. dort			
= Kompensationsverschulden		BGH v. 15.6.1994 – IV ZB 6/94	95, 44
d. Gerichts/FA	95, 246	= NJW 1994, 2898 = VersR 1995, 73	
– Glaubhaftmachung	95, 20	= BB 1994, 1815	
– bei Prozeßvergleich?	95, 95	BGH v. 16.6.1994 – V ZB 12/94	95, 42
		= NJW 1994, 2299 = VersR 1995, 237	
Wintergeld			
– Ausschußfrist	95, 42	BGH v. 16.6.1994 – I ZR 66/92	95, 116
Zeugnis			
– an Arbeitnehmer	95, 264	BGH v. 6.7.1994 – VIII ZB 26/94	95, 25
		= NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325	
Zinsschaden			
– abstrakte Berechnung	95, 30	BGH v. 6.7.1994 – VIII ZB 12/94	95, 76
		= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	
Zugang			
– Abhandenkommen nach –	95, 246	BGH v. 11.7.1994 – AnwZ (B) 3/94	95, 121
– Beweis durch Finanzamt	95, 220	BGH v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93	95, 58
		= NJW 1995, 51	
Zurückbehaltungsrecht			
– Honorarforderung	95, 264	BGH v. 14.7.1994 – VII ZB 7/94	95, 90, 221
		= NJW 1994, 2958	
Zustellung			
– Empfangsvollmacht		BGH v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93	95, 3
= Beendigung der –	95, 42	= NJW 1994, 2882 = WM 1994, 2162	
= Treu und Glauben über –	95, 98	= BB 1994, 1961 = DStR 1994, 1748	
– durch Mitteilung über Niederlegung		BGH v. 27.9.1994 – XI ZB 9/94	95, 43
= Verlust der –	95, 45	= NJW 1994, 3235	
		BGH v. 20.10.1994 – IX ZR 116/93	95, 70
		= NJW 1995, 449 = WM 1995, 398	
		= VersR 1995, 212	
BGH v. 16.12.1993 – IX ZR 30/93	95, 91	BGH v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94	95, 158
= WM 1994, 602 = NJW-RR 1994, 535		= NJW 1995, 330 = WM 1995, 118	
= VersR 1994, 824		= VersR 1995, 305	
BGH v. 8.2.1994 – VI ZR 286/93	95, 39	BGH v. 17.11.1994 – VII ZB 12/94	95, 98
= wistra 1994, 301 = NJW 1994, 1281		= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	
= VersR 1994, 570 = DStR 1994, 733		BGH v. 1.12.1994 – IX ZR 131/94	95, 93
BGH v. 2.3.1994 – VIII ZR 14/93	95, 9	= NJW 1995, 521 = VersR 1995, 297	
= NJW 1994, 1864 = WM 1994, 1076		BGH v. 1.12.1994 – III ZR 93/93	95, 209
= VersR 1994, 949		= NJW 1995, 1025	
BGH v. 24.3.1994 – I ZB 1/94	95, 20		
= NJW 1994, 1878			

BGH v. 7.12.1994 – VIII ZR 153/93	95, 117	OLG Hamm v. 30.11.1994 – 25 U 112/93	95, 131
BGH v. 19.12.1994 – II ZR 174/94 = VersR 1995, 810	95, 264	OLG Karlsruhe v. 8.3.1994 – 3 U 45/93	95, 123
BGH v. 26.1.1995 – IX ZR 10/94 = NJW 1995, 958 = DB 1995, 624 = MDR 1995, 416	95, 65	OLG Karlsruhe v. 10.11.1994 – 11 U 87/93	95, 146
BGH v. 9.2.1995 – 5 StR 722/94 = Wistra 1995, 191	95, 168	OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18 a U 12/94 – n.rkr.	95, 233
BGH v. 16.2.1995 – IX ZR 15/94	95, 248	OLG Köln v. 1.12.1993 – 11 U 78/93	95, 17
BGH v. 6.3.1995 – II ZB 1/95	95, 254	OLG Köln v. 29.4.1994 – 19 U 201/93	95, 16
BGH v. 22.3.1995 – VIII ZB 2/95	95, 207	OLG Köln v. 1.6.1994 – II U 244/93 = StB 94, 425	95, 49
BGH v. 23.3.1995 – VII ZB 3/95	95, 247	OLG Köln v. 26.8.1994 – 19 U 246/93	95, 78
BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 130/94 – Vorinstanz OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 72/89 = GI 1995, 35 = NJW 1995, 2108	95, 178	OLG Köln v. 24.11.1994 – 7 U 204/93, n.rkr.	95, 104
BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94 = NJW 1995, 2108	95, 169	OLG München v. 25.11.1993 – 29 U 1854/93 = RBeistand 94, 93	95, 64
BGH v. 13.6.1995 – IX ZR 203/94	95, 256	OLG München v. 19.7.1994 – 25 U 2355/94 – rkr.	95, 220
BGH v. 6.7.1995 – III ZR 145/94	95, 222	= StB 1995, 114	
		OLG Nürnberg v. 8.12.1994 – 8 U 1673/94 – rkr.	95, 150
		OLG Nürnberg v. 23.2.1995 – 3 U 263/95	95, 206
		OLG Oldenburg v. 22.5.1991 – 3 U 13/91	95, 235
		OLG Oldenburg v. 17.12.1993 – 6 U 165/93 – rkr.	95, 26
		OLG Zweibrücken v. 27.5.1994 – 1 Ss 12/94 = wistra 1994, 311 vgl. in diesem Heft S. 77	95, 64
OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 – 13 U 25/93	95, 13		
OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 – 13 U 102/93	95, 11		
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 177/93	95, 80		
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 207/93	95, 32		
OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 218/93	95, 143		
OLG Düsseldorf v. 7.7.1994 – 18 U 29/94	95, 201		
OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 196/94	95, 102		
OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 220/93	95, 100		
OLG Düsseldorf v. 11.10.1994 – 17 W 63/94 = StBg 1995, 217	95, 168		
OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 – 13 U 200/93	95, 226		
OLG Düsseldorf v. 7.7.1995 – 13 U 163/93	95, 199		
OLG Frankfurt v. 6.10.1993 – 17 U 222/92 = VersR 1994, 1175	95, 20		
OLG Frankfurt v. 13.10.1993 – 21 U 145/92	95, 17		
OLG Frankfurt v. 19.5.1994 – 26 U 134/93	95, 27		
OLG Frankfurt v. 7.2.1995 – 8 U 65/94	95, 229		
OLG Hamburg v. 5.9.1992 – 11 U 96/91	95, 258		
OLG Hamm v. 2.2.1994 – 25 U 96/93	95, 126		
OLG Hamm v. 9.3.1994 – 32 U 135/93	95, 90		
OLG Hamm v. 27.5.1994 – 25 U 171/93	95, 51		
OLG Hamm v. 1.6.1994 – 25 U 196/93	95, 53		
OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 125/93	95, 35		
OLG Hamm v. 29.6.1994 – 25 U 61/93	95, 30		
		LG Aachen v. 11.5.1994 – 10 O 369/93	95, 134
		LG Bielefeld v. 27.9.1994	95, 82
		LG Hamburg v. 26.5.1993 – 326 O 559/92	95, 15
		LG Konstanz v. 13.1.1995 – 1 HO 87/93 = WPK-Mitt 95, 102	95, 263
		LG Saarbrücken v. 26.5.1995 – 8 Qs 73/95 = wistra 1995, 239	95, 255
		LG Stuttgart v. 23.11.1993 – 14 StL 17/93 = SBK Rheinland-Pfalz 1995/3, 8	95, 264
		LG Weiden v. 7.7.1994 – 1 O 340/94 – n.rkr.	95, 37
		FG Berlin v. 7.6.1993 – VIII 344/91	95, 42
		FG Brandenburg v. 14.12.1994 – 2 K 518/94 StB – rkr.	95, 144
		FG Brandenburg v. 13.5.1995 – 2 V 149/95 StB	95, 187
		FG Hamburg v. 28.9.1993 – III 272/92 – nrkr. = Stbg 1994, 197	95, 64
		FG Hamburg v. 7.10.1993 – II 13/93	95, 46

BFH v. 22.6.1992 – IV R 125/91 = BFH/NV 94, 553	95, 20	BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92 = LEXinform 0126277	95, 246
BFH v. 6.10.1993 – X B 85-86/93 = LEXinform 0119247 = Steuertelex 4525	95, 116	BFH v. 8.9.1994 – V R 70/91 = BStBI 1995, 32	95, 142
BFH v. 18.1.1994 – IX B 126/93 = BFH/NV 1994, 871	95, 246	BFH v. 5.10.1994 – I R 50/94 BFH v. 13.10.1994 – VII R 37/94 = BStBI II 1995, 10	95, 246 95, 64
BFH v. 11.2.1994 – VIII B 83/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0119218	95, 2	BFH v. 25.10.1994 – VII R 14/94 = BStBI 1995 II, 210	95, 142
BFH v. 18.2.1994 – XI R 51/93 = BFH/NV 1994, 837	95, 220	BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFHNV 1995, 109	95, 194
BFH v. 24.2.1994 – IV R 33/93 = LEXinform 0119036 = Steuer-Telex 2810	95, 90		
BFH v. 2.3.1994 – I R 134/93, I S 18/93 = BFH/NV 1995, 121	95, 240	BAG v. 3.5.1994 – 9 AZR 606/92 = WPK-Mitt. 1995, 57	95, 240
BFH v. 15.3.1994 – XI R 89/92 = BFH/NV 95, 74	95, 39	BAG v. 27.9.1994 – 2 AZB 18/94, 17 Sa 227/94 = LAG Düsseldorf	95, 195
BFH v. 30.3.1994 – I R 52/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0109695	95, 2		
BFH v. 12.4.1994 – IX R 31/91 = BFH/NV 95, 1	95, 157	BVerwG v. 21.2.1994 – 1 B 19/93 = RBeistand 94, 99	95, 64
BFH v. 19.4.1994 – VIII R 22/93 = BFH/NV 1995, 222	95, 246		
BFH v. 2.5.1994 – X B 124/93 = BFH/NV 1995, 44	95, 90	BVerfG v. 15.11.1994 – 1 BvR 1969, 91 = NJW 1995, 712	95, 240
BFH v. 4.5.1994 – XI R 104/92 = BFH/NV 95, 46	95, 142	BVerfG v. 25.11.1994 – 2 BvR 852/93 = NJW 1995, 711	95, 194
BFH v. 18.5.1994 – I R 111/93 = BStBI 1995, 24	95, 116	Hess. FG v. 16.3.1994 – 4 V 277/94 – rkr. = EFG 1994, 681	95, 39
BFH v. 18.5.1994 – I R 109/93 = StBg 1995, 36 = Lexinform 0103850 = Steuer-Telex 4514	95, 168		
BFH v. 1.6.1994 – II R 124/90 = BFH/NV 1995, 128	95, 240	LAG Düsseldorf v. 23.12.1993 – 12 (11) SA 1657/93 = VersR 1994, 1208	95, 20
BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = LEXinform 0109857 = Steuertelex = BStBI 95 II, 230	95, 116 4526	Landessozialgericht v. 27.7.1994 – L1 (3) Ar 2593	95, 42
BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFHNV 1995, 109	95, 194		
BFH v. 7.7.1994 – X B 152/94 = BFH NV 1995, 228	95, 116	KG Berlin v. 9.11.1994 – Not 7/94 – n.rkr. = WPK-Mitt 1995, 53	95, 264
BFH v. 13.7.1994 – VIII R 23/94 = BFH/NV 1995, 231	95, 246		
BFH v. 10.8.1994 – I R 133/93 = Lexinform 0126038 = Steuer-Telex 5012	95, 168	OFD Düsseldorf, VfG v. 6.10.1994 – S 0821 A-St 313 = Steuer-Telex 1994, 706	95, 264
BFH v. 11.8.1994 – IV R 126/91 = StBg 1995, 36 = Lexinform 019854 = Steuer-Telex 4515	95, 168		
BFH v. 23.8.1994 – V II R 143/92 = LEXinform 0126041 = Steuer-Telex 5017	95, 142		